Wir haben es satt....

Aus eigener Erfahrung mit der Diktatur in der DDR,
aus guter Erinnerung
an politischen Druck und Widerstehen,
an Volksverdummung und Wahrhaftigkeit,
an hohle Phrasen und aufsässige Verse,
an militaristisches Gehabe und grundsätzliche Gewaltlosigkeit,
an Bevormundung und Solidarität

und aus jüngster Erfahrung mit der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik
wenden wir uns nicht an den Bundeskanzler, nicht an Rot-Grün, nicht an die Oppositionsparteien, sondern an Euch, einfache Bürger wie wir.

„Die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft ist offensichtlich gestört."

Das war 1989 so. Und das gilt heute wieder.

Wir fühlen uns in wachsendem Maße ohnmächtig gegenüber wirtschaftlichen, militärischen und politischen Strukturen, die für Machtgewinn und Profit unsere Interessen in lebenswichtigen Fragen einfach ignorieren. Wir fühlen uns in unserer Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen unseres Landes und der Welt mehr und mehr an die uns wohlbekannten Übel der Diktatur erinnert.

So können wir uns zwar alle vier Jahre bei den Wahlen für eine von vielen streitenden Parteien entscheiden.
Wir stellen jedoch fest, daß die Programme dieser Parteien mit der Politik, die sie dann tatsächlich machen, kaum etwas zu tun haben.
Die politischen Losungen in der DDR waren selten lustig, sie werden in ihrer Hohlheit von den Wahlwerbungen der Parteien heute übertroffen.
Wir haben uns über das Abstimmverhalten der Volkskammerabgeordneten amüsiert. Angesichts des Abstimmverhaltens der Bundestagsabgeordneten ist uns das Lachen vergangen.

Wir haben es gelernt, hohle Phrasen und den sinnverkehrenden Gebrauch von Schlagworten zu erkennen und schadlos an uns abperlen zu lassen:
Früher: Ewige Waffenbrüderschaft; Unverbrüchliche Solidarität; Friedensdienst (mit der Waffe in der Hand); Erz für den Frieden (gemeint war das Uran der WISMUT für die russischen Atombomben); Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden; Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!
Heute: Kreuzzug gegen das Böse; Ewige Freiheit; Grenzenlose Gerechtigkeit; Uneingeschränkte Solidarität; Geschlossenheit; Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen!

Wir haben in der Revolution von 1989 Kopf und Kragen riskiert, um das verhaßte und verachtete System von Bütteln und Spitzeln in der DDR zu überwinden.
Wir hatten erwartet, daß nach dem Ende des Kalten Krieges auch die westlichen Geheimdienste abrüsten.
Keiner von uns hat jedoch damit gerechnet, daß nach Beendigung des Kalten Krieges die Telephonabhöraktivitäten steil ansteigen, daß die von uns abgerissenen Stasi-Videokameras nur durch neue ersetzt werden.
Wir sind entsetzt darüber, daß heute die Polizei zusammengestrichen und der Geheimdienst aufgeblasen wird. War denn alles umsonst? Wir wissen, wohin so was führt.

Keiner von uns hat damit gerechnet, daß ein schrecklicher Terroranschlag in den USA zum Anlaß genommen werden könnte, scheinbar unumstößliche Maßstäbe von Recht und Gerechtigkeitsgefühl in der ganzen westlichen Welt ins Rutschen zu bringen.

Wir haben nicht vergessen, wie die Gummiparagraphen des politischen Strafrechts der DDR uns die Luft abgeschnürt haben.
Wir greifen uns jetzt an den Hals, wenn wir lesen, mit welcher Leichtfertigkeit das Terrorismus-Bekämpfungsgesetz (der sogenannte Otto-Katalog) des Innenministers und die entsprechenden Entwürfe in anderen westlichen Staaten und auf europäischer Ebene Gummistricke drehen, die wir glücklich losgeworden zu sein gehofft hatten.

Wir sind verblüfft und entsetzt, daß unsere Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit höhnischem Gelächter und dem süffisanten Verweis auf den Rechtsstaat beantwortet wird.

Wir sind entsetzt, wie selbstverständlich von hochrangigen Politikern gebilligt wird, daß die vermeintlichen Anstifter des Terroranschlags mit einer grotesk übermächtigen Militärmaschinerie umgelegt werden. Beweise für ihre Schuld? Geheim und wohl doch auch überflüssig! Haben deutsche Politiker bereits die amerikanische Begeisterung für die Todesstrafe übernommen?

Wir sind entsetzt, mit welcher Dumpfbackigkeit Gegnern des Kriegseinsatzes in Afghanistan entgegengehalten wird, daß Krieg gegen Terroristen helfen kann.
Weshalb traut sich niemand an die Waffenhändler in den USA und in der Bundesrepublik heran?
Weshalb versuchen die USA mit allen Mitteln, die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs zu verhindern?
Natürlich wollen wir, daß ein unabhängiges Gericht und nicht der Oberbefehlshaber der stärksten Armee der Welt entscheidet, ob die vorgelegten Beweise eine Verurteilung der vermeintlichen Hintermänner des Terroranschlags rechtfertigen.

Wir sind entsetzt darüber, daß ganz nebenbei schon die Diskussion um die Anwendung der Folter salonfähig wird. Sind die Mächtigen in den westlichen Staaten nicht auf dem besten Wege, Verhaltensweise, Denkstruktur und Wertesystem einer Terroristenbande anzunehmen?

Wir haben es einfach satt.
Wir haben es satt, daß unter dem Banner von Freiheit und Demokratie gegen unsere Interessen regiert wird.
Wir haben es satt, uns für dumm verkaufen zu lassen.
Wir haben es satt, uns das platte Geschwätz auf Parteitagen anzutun.
Wir haben Volksvertreter satt, die unsere Interessen nicht vertreten und das auch noch als Erfolg feiern.
Wir haben einen Bundeskanzler satt, der um der Macht willen Abgeordnete dazu bringt, ja zum Krieg zu sagen, wenn sie nein meinen, und nein zu sagen, wenn sie ja meinen.
Wir machen nicht mit, wenn Kriegseinsätze mit Worthülsen wie „Verantwortung übernehmen", „der neuen Rolle Deutschlands in der Welt", mit „Politikfähigkeit" und „der Durchsetzung der Rechte der Frauen" verharmlost werden.
Wir verweigern uns diesem Krieg.

Nur eine Diktatur braucht linientreue Parteisoldaten. Demokratie braucht mündige Bürger. Lassen wir Medien, Parteien, Kultur und Wissenschaft nicht von röhrenden Funktionären gleichschalten.

Die erbärmlichen und erschreckenden Umstände der Rot-Grünen Entscheidung für den Krieg lassen keinen Raum mehr für parteitaktische Spielchen, für die Sorge um den eigenen warmen Arsch – machen wir endlich den Mund auf!

Reden wir mit unseren Kindern und mit unseren Eltern über diesen Krieg, über Gerechtigkeit in Deutschland und der Welt und über die Rechtsstaatlichkeit, die uns zwischen den Fingern zu zerrinnen droht!

Wir haben 1989 gelernt, daß es Sinn hat, zu widersprechen.

Berlin, den 13. Dezember 2001

Sebastian Pflugbeil, Berlin	(Neues Forum, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; Zentraler Runder Tisch; Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Berlin (Ost) a. D.; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin a. D.; Minister a. D.; Nationalpreis 2000)
Wolfgang Ullmann, Berlin	(Demokratie Jetzt, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; Bü90/Grüne; Zentraler Runder Tisch; Minister a. D.; Mitglied der Volkskammer; Mitglied des Bundestages a. D.; Mitglied des Europaparlaments a. D.)
Hans-Jochen Tschiche, Groß-Ammensleben	(Neues Forum, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; Bü90/Grüne; Mitglied der Volkskammer; Mitglied des Bundestages a. D.; Nationalpreis 2000)
Leonore Ansorg, Berlin	(Initiative für Unabhängige Gewerkschaften)
Erika Drees, Stendal	(Neues Forum, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung)
Frank Ebert, Berlin	(Umweltbibliothek)
Almuth Falcke, Erfurt	(Sprecherin bei der Besetzung der ersten Stasizentrale)
Heino Falcke, Erfurt	(Probst i. R.; Stellvertretender Vorsitzender der Ökumenischen Versammlung)
Hans-Jürgen Fischbeck, Mülheim	(Demokratie Jetzt, Gründungsmitglied; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Berlin (Ost) a. D.; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin a. D.; Bundesverdienstkreuz)
Olaf Freund, Dresden	(Neues Forum, Gründungsmitglied; Nationalpreis 2000)
Christian Führer, Leipzig	(Pfarrer in der Nicolai-Kirche; Friedensgebete; Montagsdemo; Theodor-Heuss-Medaille)
Bernd Gehrke, Berlin	(Initiative Vereinigte Linke; Zentraler Runder Tisch)
Hans-Peter Gensichen, Wittenberg	(Kirchliches Forschungsheim)
Friedrich Heilmann, Potsdam	(Bü90/Grüne; Landes- und Bundesvorstand a. D.)
Jan Hermann, Pulsnitz	(Neues Forum, Gründungsmitglied; Nationalpreis 2000)
Martin Hoffmann, Berlin	(Pankower Friedenskreis, Gründungsmitglied; Amnesty International, -Sektion DDR, Gründungsmitglied)
Renate Hürtgen, Berlin	(Initiative für Unabhängige Gewerkschaften)
Martin Klähn, Schwerin	(Neues Forum, Gründungsmitglied; Nationalpreis 2000)
Thomas Klein, Berlin	(Initiative Vereinigte Linke, Gründungsmitglied; Zentraler Runder Tisch; Mitglied der Volkskammer; Mitglied des Bundestages a. D.)
Lothar König, Jena	(Pfarrer, Junge Gemeinde Jena-Stadtmitte)
Irena Kukutz, Berlin	(Neues Forum; Frauen für den Frieden; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin a. D.)
Michael Kukutz, Berlin	(Neues Forum; ehem. Bundesgeschäftsführer)
Ekkehard Maaß, Berlin	(Deutsch-Kaukasische Gesellschaft)
Heiko Lietz, Güstrow	(Neues Forum; Mitarbeit Ökumenische Versammlung; B90/Grüne; Zentraler Runder Tisch)
Wolfgang Musigmann, Erfurt	(Offene Arbeit)
Arndt Noack, Benz	(SDP, Gründungsmitglied)

Christine Pflugbeil, Berlin	(Neues Forum, Gründungsmitglied; Ärzte für den Frieden; Nationalpreis 2000)
Peter Rösch (Blase), Berlin	(Jenaer Friedensgemeinschaft)
Wolfgang Rüddenklau, Berlin	(Umweltbibliothek, Gründungsmitglied)
Sabine Schaaf, Berlin	(Neues Forum, Bundesvorstand)
Walter Schilling, Braunsdorff/Thür.	(Kirche von unten)
Klaus Schlüter, Schwerin	(Grüne Liga, Gründungsmitglied; Zentraler Runder Tisch; Minister a. D.)
Walfriede Schmitt, Berlin	(Unabhängiger Frauenverband; Zentraler Runder Tisch)
Reinhard Schult, Fredersdorf	(Neues Forum, Gründungsmitglied; Zentraler Runder Tisch; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin a. D.; Nationalpreis 2000)
Tom Sello, Berlin	(Umweltbibliothek)
Steffen Steinbacher, Berlin	(Neues Forum, Landesvorstand)
Marianne Subklew-Jeutner, Greifswald	(Initiative Frieden und Menschenrechte; Stadtbezirksverordnete Berlin a. D.)
Catrin Ulbricht, Dresden	(Neues Forum, Gründungsmitglied)
Hans-Jochen Vogel, Chemnitz	(Studentenpfarrer i. R.)
Klaus Wolfram, Berlin	(Neues Forum; Zentraler Runder Tisch; Haus der Demokratie und Menschenrechte)

Kontakt: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Fax 030-204 12 63
Homepage: www.wir-haben-es-satt.de
E-mail: post@wir-haben-es-satt.de

Wir haben es satt

- erste Bilanz eines zornigen Protests

Öffentlichkeit:
Wir sind begeistert, wie viele Menschen unsere Erklärung inzwischen in die Hand bekommen haben. Innerhalb nur eines Vierteljahres haben rund 200.000 Leser unsere Internetseite angewählt, auf der der Text der Erklärung, die Unterzeichner/innen und eine Auswahl der eingegangenen Briefe zu finden sind. Die Erklärung wurde schnell auf zahlreichen anderen Internetseiten übernommen.
Auch in Zeitungen und Zeitschriften wurde unser Text freundlich behandelt: Wir kennen Veröffentlichungen des vollen Wortlauts oder von Auszügen in der Berliner Zeitung, der Frankfurter Rundschau, dem FREITAG, dem Neuen Deutschland, bei Spiegel-online, im online-Archiv der Zeit, im online-Jugendmagazin der Süddeutschen Zeitung, in Zeit-Fragen, Publik Forum, bei TELEPOLIS, in Archipel und Ossietzky. Wenn Sie weitere Fundstellen wissen, schicken Sie uns doch bitte eine Kopie.
Es gab etliche Radio- und Fernsehinterviews verschiedener Unterzeichner des Textes, Herr Ullmann wurde von Frau Christiansen eingeladen. Wir alle haben seit 1989 Erfahrungen damit gesammelt, wie schwer es ist, in den Medien für ein konkretes Problem Gehör zu finden - bezüglich unseres Textes wurden wir angenehm überrascht, das Medienecho war deutlich besser als erwartet.
Herzlichen Dank allen, die das bewerkstelligt haben.

Reaktionen:
Noch mehr haben wir uns über das Echo von den Lesern selbst gefreut: Unser Text wurde überraschend genau verstanden, hat aber vielfach höhere Erwartungen ausgelöst, als die Urheber verwirklichen können. Telephonisch und schriftlich erreichte uns überwiegend Zustimmung, sorgfältig überlegt --aber auch ganz spontan in der ersten Begeisterung oder dem ersten Ärger. Viele Briefe waren so stark, daß wir beim Lesen schlucken mußten, weil sie so authentisch unsere eigenen innersten Gefühle trafen. Obwohl wir zunächst gar nicht daran gedacht hatten, Unterschriften zu unserem Text zu sammeln, gibt es inzwischen mehr als 600 weitere Unterzeichner. In anderen Beiträgen kam auch Kritik, sogar eine gewisse Häme, daß wir die gute alte DDR zerschlagen hätten und nun endlich - aber leider zu spät - erkennen würden, daß wir heute größere Probleme hätten als in der DDR. Es gab auch höhnisches Gelächter, wie lange wir gebraucht hätten, zu merken, wie die Politik funktioniert. Einige Briefe waren völlig resigniert. Überraschenden Beifall gab es von Personen und Organisationen, denen die scharfe Kritik an der gegenwärtigen Praxis unserer Politik gut gefiel, die aber eine Vision damit verbinden, die keiner der Erstunterzeichner teilt. Sie träumen von den Grenzen des Deutschen Reiches vor dem zweiten, ja sogar vor dem ersten Weltkrieg - wir bekommen bei diesem Thema eher Albträume. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir haben die NPD, die unseren Text auf ihrer Internetseite angeboten hat, aufgefordert, den Text unverzüglich zu löschen.

Motivation und Anlaß:
Wir wurden energisch wachgeschüttelt durch den schrecklichen Terroranschlag am 11. September. Wir mußten nicht diskutieren, ob den Opfern geholfen werden muß, ob die Täter vor Gericht gestellt werden müssen - das war selbstverständlich. Fast noch stärker als der Anschlag selbst traf uns allerdings die absurde Reaktion in der politischen Klasse der USA und dann auch in Deutschland. Es gab Denkverbote, Maulkörbe, eine Atmosphäre der Angst, Desinformation, Aufrüstung in Wort und Tat - lebendige Erinnerung an alte Zeiten. So entstand die Idee, die Situation unseres politischen Systems mit den Augen eines engagierten Ostbürgers zu sehen. Zweifellos gibt es viele verschiedene Blickwinkel, von denen aus man eine kritische Bestandsaufnahme der parlamentarischen Demokratie in Deutschland vornehmen könnte - der Blick mit Osterfahrung ist einer, von dem wir etwas verstehen. Wir sind nicht blind für andere Sichtweisen und hoffen, daß unsere Sicht der Verhältnisse auch bei anderen etwas zu Diagnose und Therapie unserer kranken Gesellschaft beiträgt.

Erstunterzeichner:
Wer sind wir - Leute, die zu DDR-Zeiten versucht haben, ihren aufrechten Gang zu bewahren, die 1989 zu den einfachen Bürgern (die einige Leser uns nicht recht abgenommen haben) gehörten, die eine Diktatur zum Einsturz brachten. Wir übertreiben wohl nur wenig, wenn wir für eine gewisse Erfahrung im Umgang mit einer kranken Gesellschaft stehen. Viele von uns haben während des Umbruchs und viele Jahre danach Politik mitgestaltet - in Parlamenten aller Ebenen, verschiedensten Organisationen und Vereinen und auf der Straße. Fett sind wir dabei nicht geworden, unser Wohlverhalten war früher nicht käuflich und ist es heute auch nicht. Das zu skizzieren haben wir hinter unsere Namen ein paar Schlagworte in Klammern gesetzt - in einem Kontext, in dem uns niemand peinliche Eitelkeit gescheiterter Politdilettanten unterstellen dürfte. Unser Text war für uns aus hygienischen Gründen fällig wie Zähneputzen. Uns wären die Zähne ausgefallen, wenn wir nicht endlich zugebissen hätten.

Perspektive:
Wir freuen uns, daß die vielen Briefe und Anrufe ganz deutlich zeigen, daß es in der Einschätzung der gegenwärtigen Probleme kaum Unterschiede zwischen Ost- und West-Bürgern gibt.
Wer von uns erwartet, daß wir jetzt ansagen werden, wo's langgehen soll, daß wir die neue Fahne schwenken daß wir nun endlich die ganz richtige Partei gründen werden, die in Kürze den Bundeskanzler stellt, daß wir von einem Revolutionsbüro aus ein Netz revolutionärer Zellen steuern wollen, hat uns mißverstanden.
Wer ohne Angst sagen will, was er denkt, wer nicht von denen da oben belogen, betrogen und für dumm verkauft werden will, wer Politiker sucht, die die Interessen der Bürger vertreten, wer in der kontroversen Diskussion Wahrheit und Lösungen suchen will, wer Überwachungsstaat und Militäreinsätze ablehnt, wer im Grundgesetz mehr als nur ein Stück Papier sieht, für wen Gerechtigkeit ein ernsthaftes Ziel und kein sentimentaler Schmus ist, der kann bei uns Freunde finden, Anregungen zum Nachdenken und Ermutigung, sich nach bestem Wissen und Gewissen einzumischen, auch dann, wenn die Erfolgsaussichten verschwindend gering sind. Wir machen gerade in vielen ganz verschiedenen Lebensbereichen die Erfahrung, daß die Überlegenheit der parlamentarischen Demokratie über die Diktatur mehr vom couragierten Auftreten mündiger Bürger als vom Wahlsieg einer bestimmten Partei abhängt.
Nehmen wir die Herausforderung an.

Sebastian Pflugbeil

Hier können Sie Reaktionen auf die Erklärung "Wir haben es satt.." lesen. Schicken Sie uns einfach eine **E-Mail**.

Wir bitten um Verständnis, dass nur mit Namen unterzeichnete Meinungen veröffentlicht werden können. Die Redaktion behält sich das Kürzen Ihrer Erklärungen vor.

Dr. Wolfgang Ullmann (Berlin)

Position zur Pressekonferenz am 13. Dezember 2001 im Haus der Demokratie und Menschenrechte zur Erklärung

„Wir haben es satt"

1. Angesichts des Versagens von Bundestag und Bundesregierung erneuern wir unsere alte Forderung nach Volksabstimmungen auf Bundesebene. Es darf sich niemals wiederholen, daß eine Bundesregierung durch ihre Versprechungen vollendete Tatsachen schafft, die der Deutsche Bundestag nur noch akzeptieren kann, obwohl sie schwerwiegende Konsequenzen für alle Bürgerinnen und Bürger nach sich ziehen.

2. Wir appellieren an alle, die im Hochtechnologiebereich für Kriegszwecke arbeiten, sich zu fragen, ob sie angesichts des völkerrechtswidrigen Gebrauchs von Waffen ihre Tätigkeit mit ihrem Gewissen vereinbaren können.

3. Nachdem der Bundeskanzler den Art. 68 Grundgesetzes gegen seinen Sinn mißbraucht und der Deutscher Bundestag selbst den Artikel 38 des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt hat, müssen Bürgerinnen und Bürger zur Initiative aufgerufen werden, für ein alternatives Gesetz zur Arbeit der Parteien, das derartige Handlungen künftig verhindert.

Michael Heller, 13.12.01

"Wem die ohne längere Umschweife in Gang gesetzte amerikanische Kriegsmaschinerie und die Reaktionen der geschlossenen westlichen Industrienationen nicht von Anfang an suspekt waren, sollte spätestens jetzt, da die Mittel, mit denen diese Entscheidung durchgesetzt wird, immer drastischere Dimensionen annehmen, langsam aber sicher von einem zweifelerfüllten Schauer heimgesucht werden.
Mich persönlich erfüllt es mit Abscheu, wenn ich sehe, daß Lehrer allein für die Äusserung ihrer Bedenken gegen diesen Einsatz und der mit geradezu hysterischer Konsequenz durchgesetzten *Solidarität* seitens der deutschen Regierung SUSPENDIERT werden können. Insbesondere, wenn sich dann noch ein feist grinsender CSU Politiker vor einer Kamera platziert, um von "geistiger Umweltverschmutzung" und der "Verpflichtung zu absoluter Neutralität" für Beamte zu schwafeln. Faktisch bedeutet das dann wohl, daß Leute wieder durchaus Angst um ihren Job haben dürfen, so sie es wagen, kritische Gedanken am falschen Ort und zum falschen Zeitpunkt zu formulieren. (...)"

Joachim Listing, Berlin, 13.12.01

"...laßt mich noch einen Satz hinzufügen:

Ich habe es satt, dass Massenmedien wieder zum unkritischen Sprachrohr regierungsamtlicher Politik werden, dass Lehrer schon wieder gezwungen werden, unkritisch offizielle Anschauungen zu vermitteln."

Lennart Peters, Mühltal, 13.12.01

"Danke! In den letzten Monaten habe ich den Eindruck gewonnen, dass ein überwiegender Teil unserer politischen und medialen deutschen Landschaft kollektiv Hirn und Gewissen auf unbestimmte Zeit in den Ruhestand verabschiedet hat. Infotainment vor computergeneriert immerwährend wehendem Star Spangled Banner, dümmlichster Hurra - Patriotismus unseres "Kanzlers aller Automarken", der Untertitel einer n-tv Diskussion: "sind Pazifisten ein Sicherheitsrisiko" - wie lange soll das weitergehen und wohin soll uns das führen?"

Matthias Schlechter, Paderborn, 13.12.01

"Starker Tobak - aber wahr!
Und ich dachte schon, man müßte generationenlang warten, bis die wachsende Interessenlosigkeit an Parteien/Wahlen so groß ist, dass sich diese Art von Politik überlebt hat.
Schön, dass es heute noch Menschen gibt, die Klartext reden.
Hoffentlich wird mehr daraus...
... vielleicht eine Politik FÜR Menschen und nicht für Macht, Profit, Sachzwänge und Abhängigkeiten."

Reinhard J. Lenz, Berlin, 13.12.01

"Moin, bin von Eurer Initiative recht angetan, auch wenn ich aus Erfahrung weiß, dass es ein langer Weg zu einem Ziel sein wird, das sich in ständig neuer Gestalt zeigt.

Ein Otto weniger ist eben nur einer weniger, der dann einfach Platz gemacht hat für all die anderen Ottos in Deutschland. Und es gibt derer viele...

Deshalb lasst Euch ermahnen:

Nur den "Mund aufmachen" genügt nicht!
Es braucht klarere Grundrechte, die explizit vorschreiben, dass bestimmte Schritte des Staates niemals von nur einem oder nur einigen - auch wenn sie die absolute Mehrheit in einem demokratischen System haben sollten - "einfach so" unternommen werden dürfen.

Eine Möglichkeit wäre es, jede Einschränkung der Grundrechte, die mittels einer absoluten Mehrheit erreicht wurde, mit einem Verfallsdatum von zum Beispiel einem Jahr zu versehen, damit

die Einschränkung dann erneut überprüft werden muss und kann.

Ihr habt den Kontakt zu den politischen Gremium.
Nutzt ihn, um eine grundsätzlichere Veränderung herbeizuführen.

Das Schimpfen und sich Ärgern über den einen, aktuellen "Otto"
ist zwar medienwirksam, aber auf lange Sicht keine Lösung..."

Randolf Treutler, 13.12.01

"Ihr habt mir aus dem Herzen gesprochen, ich fühle mich auch ohnmächtig gegenüber soviel Ignoranz der regierenden Politiker! (...) Ich würde mich gern engagieren, doch in den etablierten Parteien fühle ich mich nicht aufgehoben, sie scheinen keinen Hunger, weder seelischen, noch geistigen oder auch körperlichen mehr zu kennen, sie sind zu satt, Politik ist Karrieresprungbrett, wie alles andere auch....unser System verkommt.
In der Geschichte gab es schon andere Hochkulturen, die erst dekadent und dann untergegangen sind! Was sind schon 100 oder 200 Jahre in der Menschheitsgeschichte? (...)
Wir drohen mit wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen, aber wo ist der Dialog, wo fragen wir uns, warum andere Kulturen sich dem religiösen oder politischen Extremen zuwenden, warum nehmen sie unsere Kulturen nicht zum Vorbild, wo hier alles so schön und gut ist? Warum nicht? Weil hier nicht alles schön und gut ist. (...)
Ich denke auch, dass wir uns innerlich anderen Kulturen überlegen fühlen, die mit uns wirtschaftlich nicht konkurrieren können: Wir halten uns für die besseren, überlegeneren, erfolgreicheren, cleveren Kulturen. Das haben die anderen gespürt! Deshalb kam und kommt kein fairer Dialog zustande! Wir müssen Abschied von unserer Überheblichkeit nehmen, anderen Kulturen Respekt und Achtung entgegen bringen und sie nicht nötigen, zu leben wie wir leben!
Für alles gibt es Ursache und Wirkung, Kausalität, nichts geschieht einfach so - denken wir also nach!"

Dr. Dieter Hetsch, 13.12.01

Nach 12 Jahren zeigen Sie endlich Ansätze zu begreifen, was die weltfremde Politik der Bürgerbewegung angerichtet hat. Sie wollten den Sozialismus verbessern und haben Krieg und Menschenverachtung über uns gebracht. Aber ohne Hass auf die DDR geht es bei Ihnen nicht. Ihre Conclusio ist richtig, die Prämissen sind falsch. Oder auf Deutsch: Ihre Forderungen "Wir haben es einfach satt" unterstütze ich. Vieles in Ihrer Ausgangsposition "Aus eigener Erfahrung mit der Diktatur in der DDR" hat nichts mit sachlicher Aufarbeitung der Geschichte zu tun, sondern ist genauso hohle Propaganda, wie Sie es den alten und neuen Parteien vorwerfen."

Paul Kalkbrenner, 13.12.01

"Liebe Damen und Herren, mit Hochachtung lese ich Ihren Aufruf. Es gibt also doch noch Zivilcourage in diesem medienverdummten Land. (...)
Schröder zeigt im italienischen Maßanzug auf rechtsradikale Glatzen und moslemische Terroristen: "Die da sind schuld." Dabei ist seine Regierung auf dem besten Wege,

einen werbeblockfinanzierten Designerfaschismus neuer Qualität zu etablieren. Nicht mehr braun und dröge völkisch, sondern in Farbe und Stereo. (...)
Ich gebe zu, daß ich Angst habe - aber weder vor Glatzen noch Terroristen - sondern vor "unseren" Verbündeten und dieser Regierung, die, das muß ich zu meiner Schande gestehen, selbst mitgewählt habe.
Es wird nicht wieder vorkommen. (...)"

Dr. Dieter Schlipf, 13.101

"Habe soeben den Spiegel Artikel über "Demokratiekritik" gelesen und danach sofort ihre Website aufgesucht; auch wenn ich nur aus dem fernen Argentinien die Entwicklung in Deutschland beobachte, muß ich sagen: Sie sprechen mir aus dem Herzen. Gebe Ihre Kontaktadresse gerne an Freunde weiter und wünsche Ihnen schon jetzt viel Erfolg!"

Felix Fissel, 13.12.01

"Ich unterstütze eure Aktion 100%... Das nenne ich mal moderne Demokratie! Ich werde euch auf jede erdenkliche Art und Weise weiterempfehlen..."

Jürgen Schuhladen-Krämer, Karlsruhe, 13.12.01

"(...) Ihre Erklärung tat not in dieser Zeit. Danke. Ich werde sie verbreiten.
p.s.: vermutlich durch unzureichende Information ging ich davon aus, dass es nur noch Ex- bzw. DDR-Bürgerrechtler a.D. gäbe, die sich in konservativen und neoliberalen Galerien bequem eingerichtet haben. Nun weiß ich es besser."

Christopher Ray, Monika Berger-Lenz, Anne Schlesinger, Anna de Gouvernator, aus der Lausitz, 14.12.01

"Hallo!!! Da erklären wir uns doch mal voll solidarisch...
...im besten Sinne ;-) Wir zeichnen hiermit zweit...
Und: Wie gehts weiter???"

Alex Schumann, 14.12.01

"Hallo, es wird aber auch endlich zeit, dass sich zumindest ein teil der bürgerbewegten von damals auch mal kritisch zu den aktuell in unserem land stattfindenden veränderungen äußert. Auch wenn ich sicher weiß, dass es keiner schaffen wird, an diesem verlogenen system etwas zu ändern: WEITER SO !!!! "

Niki Hielscher, Kiel, 14.12.01

"Hallo, Eure Erklärung ist inhaltlich treffend, sprachlich angemessen und der Zeitpunkt der Veröffentlichung hätte nicht besser gewählt sein können. Daß die Urheberinnen und Urheber der Erklärung über jeden Verdacht der parteitaktischen Motivation erhaben sind, verleiht ihr besondere Glaubwürdigkeit und Gewicht.
Es stellt sich die Frage: Was kommt danach? Gibt es ein parteiunabhängiges Netzwerk kritischer Geister, das eine Öffentlichkeit jenseits des politischen Mainstreams herstellt und die derzeitige Lethargie angesichts eines zynisch-gleichgültigen Zeitgeistes überwindet? Ein erster Schritt zumindest ist mit Eurem Gang an die Öffentlichkeit getan - dafür mein Respekt & Anerkennung!"

Manfred Herzhoff, 14.12.01

"(...) ich freue mich, dass gerade die auch mir schon aufgefallene verbindung der heutigen sog. sicherheitspolitik mit der der frueheren ddr und anderen totalitaeren regimen, von ihnen so klar benannt wird.
es ist gut, dass die wachen im lande nicht schon alle eingeschlafen sind!
manfred herzhoff vom anderen, schoeneren ende der erde."

Wolfgang Kuhlmann, (gelernter "Wessi"), Düsseldorf, 14.12.01

"Dieser Aufruf war lange überfällig, es hatte nur niemand bemerkt.
Wohltuend empfinde ich die erfrischend klare Sprache.
Wenngleich ich nicht alle Sichten der Autor/innen "uneingeschränkt" teile, finde ich den Aufruf beachtlich und sehr hilfreich im Kampf gegen den Abbau von Grund- und Bürgerrechten und gegen den Krieg. (...)
Was ich jedoch erhoffe, ist, daß durch den Aufruf Bürgerrechtsbewegungen und Antikriegsbewegung in der BRD mehr Auftrieb erhalten, daß etliche Menschen aus Ohnmachtsgefühl und Resignation erwachen, Mut zum Widerstand gegen den undemokratischen "Zeitgeist" finden, sich zusammenschließen - und handeln.
Ob es mehr als etliche - nämlich viele - werden, liegt nicht zuletzt an uns, die wir den Aufruf hilfreich finden. Verbreiten wir ihn also. Wozu gibt es schließlich Mail und Kopierer? Sprechen wir über ihn und handeln wir. Ich wünsche dem Aufruf viel Erfolg!"

Hans-J. Brockmeyer, Kassel, 14.12.01

"Sehr geehrte Initiatoren,
ich bin im Zusammenhang mit dem "Lausch"-"Angriff" aus der SPD ausgetreten.
Es ist nur schwer erträglich, wie und auf welche Weise Grundrechte ausgehebelt, eingeschränkt und mißachtet werden. Da die Mehrzahl der Bürger sich kaum je mit dem Grundgesetz inhaltlich wirklich auseinandergesetzt haben, eine

Verfassungsdebatte weiterhin fehlt, nimmt der für mich vorhandene Gleichmut nicht Wunder.
Da scheint mir das eigentliche Problem zu liegen. Schlimm finde ich, daß s.g. "Christen im politisch parlamentarischen Raum noch weitere "Zuschläge" verlangen. Eine grundlegende Verfassungsdebatte scheint mir die einzige Lösung zu sein, Bewußtsein in den Reihen der Bürger zu schaffen und gegen eine zunehmende Schilysierung zu argumentieren.
Mit freundlichen Grüßen und Dank für Ihr Engagement."

Florian Müller-Goldenstedt, Emden, 14.12.01

"Danke für die klaren Worte !!! Wie gut, daß wir wenigstens noch Ossi´s haben (möchte man als Ossi bzw. Ostfriese sagen). Nein sehr gut sogar!
All die verschiedenen Aufrufe ,die ich hin und wieder mal lesen kann, drücken nicht diesen Zorn mit so einfachen Worten darüber aus, was zur Zeit in unserer Republik geschieht und wie sie sich verändert.
Wie weit dieses angebliche Sicherheitsdenken, Kriegsgetrommel und -propaganda geht, kann man an so kleinen Possen erkennen : in den USA ist das Lied NEW YORK, NEW YORK von Frank Sinatra anscheinend auf dem Index. Es darf jedenfalls nicht mehr im Rundfunk gespielt werden. Warum? Weil in dem Lied der Satz: "If you can make it there, you can make it everywhere" vorkommt. Laut FR vom 8.12.2001. Ich habe das Lied aber auch bei uns nicht mehr gehört seitdem 11.September.
Was kann ich tun: Ich werde die Erklärung als Kopie an Freunde und Verwandte weiterschicken."

Frank Miething, Berlin, 14.12.01

"Liebe Freundinnen und Freunde der BürgerInnenbewegung,
ich schliesse mich eurem Aufruf trotz einiger verbaler Entgleisungen an, weil auch ich die Art, wie mit uns umgegangen wird, unertraeglich finde. Ich habe gegen diesen Krieg schon mehrmals demonstriert, weil er eine Loesung darstellt, Feinde plattzumachen, ohne etwas an den Strukturen des Drogenhandels und der Auspluenderung der Dritten Welt zu aendern. (...)

Motto: "Niemandem wuerde es einfallen, Tintenflecken mit Tinte oder Oel mit Oel auszuwaschen; nur Blut soll immer mit Blut abgewaschen werden!" (Bertha von Suttner)
"We have just enough religion to hate one another, but not enough to love one another." Jonathan Swift"

Enno Obendiek, 14.12.01

"Ich bin einer von den einfachen Bürgern, die Sie ansprechen und werde mit Sicherheit Ihre Auslassungen nicht unterschreiben, weil: der Text nicht argumentiert, sondern brüllt, DDR und BRD gleichgesetzt werden, ja, die BRD schlimmer ist ("übertroffen"), von Differenzierung keine Rede sein kann - es wird gedroschen, völlig unrealistische

Vorstellungen angeboten werden (Geheimdienste abrüsten), die Toten von New York überhaupt nicht vorkommen (sind die USA selbst schuld?), nirgendwo irgendeine auch nur halbwegs realistische Alternative angeboten wird, Fäkalsprache schlimmes befürchten läßt ("warmer Arsch"), Beleidigungen selbstverständlich sind ("röhrende Funktionäre") und Unterstellungen freigebig verteilt werden, sich der Text in kostenlosen Gemeinplätzen erschöpft.
Da ist sie wieder, die deutsche Unschuld, die ihre Finger sauber behalten will, die ihre Moral zur Richtlinie für alle macht und anderen - alles wissend und alles besser wissend - Fehler übel nimmt, weil sie selbst keine macht, allen, die nicht auf ihrer Linie liegen, das Gewissen, das Nachdenken, das Abwägen und irgendwelche Skrupel oder Konflikte abspricht und diese anderen für unmoralisch erklärt, nichts anderes kennt als "unsere Interessen", die selbstverständlich verallgemeinert werden. Gnade uns Gott, wenn diese Einstellung politische Macht erhält, es wird schlimm! (...)"

Kalle Peace, 14.12.01

"(...) Wann wird man endlich anfangen, dieses System in Frage zu stellen und damit die Ursachen für den Schiefstand in der gesellschaftlichen Entwicklung zu beheben, anstatt endlos über Symptome zu diskutieren ?

Stoppt diese Wegbereiter, die hinterher wieder von nichts gewusst haben wollen!"

Frank Buschmann, Frankfurt am Main, 14.12.01

"(...) Wen stören die Maßnahmen der diversen Sicherheitspakete wirklich? Doch wohl ernsthaft nur jene, die für sich der Ansicht sind, dass einige ihrer Aktivitäten mit diesen Maßnahmen kollidieren könnten. Ja, die soll es auch stören und aufrütteln, vielleicht ist das ein externer Anlass zu Selbstreflektierung, zum Hinterfragen des eigenen Tuns und Lassens.
Und weil Sie das politische Strafrecht in der ehemaligen DDR ansprechen, möchte ich als ehemaliger Bürger dieses Landes folgendes sagen. Wer auch nur in einem einzigen Moment seines erwachsenen Lebens der Meinung war, dass in diesem neuen und größeren Land der Andersdenkende weniger aufmerksam beobachtet wird als in der ehemaligen DDR, der ist an politischer Naivität nicht mehr zu übertreffen. Der soll weiter im Wolkenkuckucksheim weit oberhalb des Bodens der harten Tatsachen von einer besseren Zukunft träumen.
Menschen wie ich arbeiten tagtäglich daran, dieses Land, die Beziehungen der Menschen untereinander, das Arbeitsklima in den Firmen und den Gedankenaustausch mit anderen Menschen zu fördern und zu entwickeln - mit unserer praktischen Arbeit, unserer Mitmenschlichkeit und unserem Engagement und unserer Tatkraft. Wir, die einige von Ihnen lange Zeit zu vertreten glaubten in diversen Parlamenten, wir sind das Volk.
Und von uns sollte die Macht, wenn sie denn gebraucht wird, ausgehen. Ich kenne keinen Menschen, der eine Partei braucht. Was dieses Land und was die Welt braucht, sind Menschen, die menschlich handeln. Und die bei entsprechender Notwendigkeit gegen Menschen, die unmenschlich handeln, mit aller notwendigen Härte vorgehen.
Danke für Ihre Aufmerksamkeit!"

Renate und Rudolf Berndt, Görlitz, 14.12.01

"Wir begrüßen den Aufruf der bekannten Persönlichkeiten aus der Bürgerbewegung von 1989 in der ehemaligen DDR und stellen uns inhaltlich hinter die getroffenen Aussagen.
Selbst haben wir seit Beginn des Krieges in Afghanistan gegen dieses Völkermorden, indem überwiegend Unschuldige getroffen werden, öffentlich mit Gleichgesinnten demonstriert.
Wir verurteilen die Befürwortung der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages für Kriegseinsätze Deutschlands im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung.
Wir werden uns weiterhin für die demokratischen Grundrechte einsetzen."

Dr.med. Dietrich Loeff, Cottbus, 14.12.01

"Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für Ihre mutigen, klaren und so dringend notwendigen
Worte! Auch ich habe es satt, mir von der Regierung der USA und der BRD
vorlügen zu lassen, es ginge um Terrorismus.

Nach meiner Meinung geht es um geostrategische Positionen, um Erdöl und Erdgas im kaspischen Becken und um vorbeugende Einschüchterung der Entwicklungsländer durch präventive Kriege gegen Länder, die vielleicht einmal in der Zukunft der USA- Politik Widerstand leisten könnten. Dabei wird mit den schwächsten Ländern begonnen und dann anscheinend nach einem Public-Relations-Szenario allmählich die Weltöffentlichkeit abgestumpft, bis man wieder größere Kriege führen kann, ohne innenpolitisch und im Militärbündnis NATO viel Widerstand zu finden.

Obwohl ich selbst einer Oppositionspartei angehöre und mich durch Ihren Aufruf auch für meine Vergangenheit kritisiert fühlen darf - nein gerade deswegen, denn ich will aus meiner Biografie ja lernen -
V O L L S T E   Z U S T I M M U N G   Z U   I H R E M   A U F R U F!"

Gerrit Naujoks, Unna/NRW, 14.12.01

"Eure Initiative finde ich sehr gut. Leider ist es heute so, dass man als Kriegsgegner in eine Ecke gedrängt wird, in der einem Sympathie zu Terroristen unterstellt wird. (...) Da ich weiterhin der Überzeugung bin, dass unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht auf eine gewisse Unterdrückung und auf Ausbeutung anderer ausgerichtet ist, bin ich 2000 in die PDS eingetreten (KV Unna/NRW) Als 1977 Geborener kann ich nur erahnen, wie Ihnen vielleicht zumute ist, wenn nun die PDS als Friedenspartei alleine im Parlament dasteht. Ich hoffe aber, dass Sie auch mit PDS`ler ins Gespräch kommen möchten, wenn es darum geht, über Demokratiedefizite in Deutschland zu reden.
Leider tun es (gerade auch in meiner Generation) viel zu wenig."

Philipp Daubenspeck, Aachen, 14.12.01

Liebe Initiatoren von "wir haben es satt",

vielen Dank für Eure längst überfälligen, klaren Sätze. Ihr sprecht mir aus der Seele! Manchmal klingt in Pressekommentaren an, daß noch mehr Leute so denken. Aber so deutlich hat es schon lange keiner auf den Punkt gebracht.
Mit welchen Hoffnungen habe ich damals den Regierungswechsel begrüßt. Welche hohen Erwartungen haben viele gehabt. Geändert hat sich einiges - aber nicht zum Besseren. So schlimm es auch ist, von den großen Volksparteien regelmäßig verarscht zu werden - man hat sich daran gewöhnt und erwartet auch nichts anderes. Wirklich weh tut es hingegen, wenn man von den "eigenen Leuten" verraten wird. Ich hätte nie gedacht jemals eine andere Partei als die "Grünen" zu wählen oder politikverdrossen werden zu können. Mittlerweile hat sich das geändert. Die letzten "Aufrechten" bei den Grünen (Ströbele und Co.) kämpfen längst auf verlorenem Posten; ihr Einfluß beschränkt sich auf einen von der Parteilinie abweichenden Kommentar in der Tagsschau. So schwer es mir auch fällt, ich (als Wessi ;-) erwäge ernsthaft, der PDS meine Stimme zu geben.
Durch einen Bekannten, der für einen Abgeordneten arbeitet, habe ich gelernt, was Politik für ein dreckiges Spiel ist. Um Inhalte geht es dort schon lange nicht mehr. Hauptziel ist es, den politischen Gegner mit Schlamm zu
bewerfen, ohne daß für die Öffentlichkeit sichtbar ist, wer der Werfer war. So hat jede Partei in ihrem Wahlkreis Listen mit Strohmännern, in deren Namen die Pressereferenten Leserbriefe veröffentlichen können. Die Briefe haben den Vorteil nicht nur z.T. brisante Detailinformationen zu enthalten, sondern auch druckreif formuliert zu sein. Daher werden sie von den jeweiligen Lokalblättern gerne veröffentlicht. Auf die gleiche Art werden über anonyme Faxnummern Informationen über den Gegner an die Presse lanciert.
Gibt es irgendeine politische Entscheidung der letzten Jahre, die nicht in die falsche Richtung gegangen wäre? Überall nur leere Parolen, faule Kompromisse und taktische Spielchen. Von der Wahlwerbung, die sich mit schöner Regelmäßigkeit auf niedrigstem intellektuellen Niveau abspielt ganz zu schweigen. Anscheinend sind alle Parteien davon überzeugt, Wähler mit Spots überzeugen zu können, die genauso verlogen sind wie Waschmittelreklame. Die Ergebnisse des Pisa-Tests zeigen auf, daß sich daran wohl so schnell nichts ändern wird...
"Wähl grün und Du mußt nicht in den Krieg". Erinnert sich noch jemand an diesen Wahlspruch einer "radikalpazifistischen" Partei? Kurz darauf begann der Kosovo-Krieg. "Chirurgische Schnitte" wurden uns versprochen. Welch' verharmlosendes Bild eines operierenden Arztes für einen dreckigen Krieg missbraucht worden ist, haben wir auch heute wieder gesehen. Streubomben, Daisy-Cutter und zerbombte Rot-Kreuz Lager. Das Wort "Kolateralschaden" klingt mir wieder im Ohr...
Ich wünsche der Initiative eine große Resonanz und viel Erfolg, auch wenn sich mein Optimismus in Grenzen hält. Das Stimmvieh ist und bleibt vermutlich genauso dumm und vergesslich wie es schon immer war.

P.S.: Man könnte der Liste auch hinzufügen, daß die Waffenexporte seit Rot-Grün an der Regierung ist, nicht nur nicht gesunken, sondern sogar gestiegen sind. Hiermit werden die Konflikte vorbereitet, die uns dann in 10-20 Jahren wieder dazu bringen Krieg durch noch mehr Krieg ausrotten zu wollen. Solange Deutschland eine Spitzenstellung im Waffenexport einnimmt machen sich Politiker unglaubwürdig, wenn sie ihren Wunsch nach Frieden als Begründung für Kriegseinsätze anführen."

Gregor Surmann, 14.12.01

"Genau vor 21 Jahren (am 13 Dezember) haben polnische Bürger auch verstanden,

dass Wiedersprechen sich lohnt."

Günter Rexilius, Mönchengladbach, 14.12.01

"Sehr geehrte Damen und Herren,
Ich kann jedes Ihrer Worte unterstreichen, auch ich habe es satt. Dennoch bleibt nach der Lektüre ihrer klugen und treffenden Worte Ernüchterung zurück. Sie schreiben am Ende Ihres Briefes, Sie haben 1989 gelernt, daß es Sinn hat, zu widersprechen. Wenn Sie bei diesem Fazit aus ihren bewegenden Gedanken und Gefühlen stehenbleiben, haben Sie nicht genug gelernt. Es genügt beileibe nicht, zu widersprechen. Sie müßten in den vergangenen zwölf Jahren gelernt haben, daß demagogische und tyrannische Haltungen keinen Raum für Hören, Zuhören lassen; aber widersprechen lohnt nur wirklich, wenn diejenigen, an die Gesagtes oder Geschriebenes gerichtet ist, bereit sind, einzuhalten und zu hören. Von denen, die Sie angesprochen haben, wir kein einziger Ihnen auch nur Minuten der Aufmerksamkeit schenken; sollte er oder sie es wider Erwarten doch tun, werden Sie nachsichtiges Lächeln, offenen Spott oder versteckte Häme ernten oder verlogenes und geheucheltes Verständnis. So sind die Verhältnisse, und das müßten Sie wissen, wenn Sie, wie Ihr Brief andeutet, in diesem Staat noch nicht angekommen, also seinen Finten und Fiktionen noch nicht erlegen sind, sondern eine kritische
Distanz zu ihm gewahrt haben. Nur Handeln hilft, Eingreifen, Widerstehen; auch wenn Sie sich vielleicht von sozialistischen Idealen mehr oder weniger verabschiedet haben, eine in ihnen steckende Wahrheit sollten Sie nicht vergessen haben: als handelnde Subjekte machen wir Geschichte, nicht als - wenn auch palavernde - Zuschauer.
Für mich bleibt die Frage: Was wollen Sie - oder auch was können wir - tun, um an der Sättigung, die Sie beschwören, nicht zu ermüden, sondern so gegen die Zubereitung und das Kredenzen der Speisen, die Ihnen nicht mehr munden, oder in sie einzugreifen, daß wieder Appetit entsteht. Politisches Handeln ist gefragt, wenn Sie nicht wollen, daß Sie irgendwann gleich mitverspeist oder von barbarischen Umgangsformen, wie sie zunehmend alltäglich sind, einfach hinweggefegt werden. Ich schreibe diese mail nicht nur als Kommentar, sondern meine die Frage ernst und wünsche mir eine Antwort von Ihnen: Wie wollen Sie in eine politische Entwicklung, die Ängste schürt und so viel Gewalt sät wie sie ausübt, bremsen, ihr gegensteuern? Nicht zuletzt, daß Ihre und meine Kinder noch lebenswerte Zustände vorfinden, wenn sie erwachsen sind?"

Peter Heuer, 14.12.01

Verehrte Bürgerrechtler,

Eure Dokumentation "Wir haben es satt" spricht mir voll aus dem Herzen. Schon lange vertreten wir, d.h. viele meiner Bekannten, die gleiche Meinung. Schon lange wurde von den ehemaligen Bürgerrechtlern der DDR solch eine klare Stellungnahme zur gegenwärtigen gefährlichen Kriegspolitik unserer Regierung erwartet.
Ich bin froh, daß sie nun von Euch in den Medien veröffentlicht wurde. Sie wird sicher eine lebhafte und fruchtbare Diskussion in der Bevölkerung auslösen und damit hoffentlich die Friedens- und Demokratiebewegung in Deutschland stärken. Ich werde bemüht sein, diese Erklärung vielen meiner Bekannten und Freunde zur Kenntnis zu geben."

Michael Auerswald, 14.12.01

"(...) Die Bevölkerung kann sich auch endlich wieder als mit ihren Volksvertretern gleichgestellt betrachten. Als Ausdruck der Nähe zum Volk haben endlich auch die Bundestagsabgeordneten weder eine eigene Meinung zu äußern, noch sich überhaupt eine zu bilden. Niemand weiß so recht, was es mit diesem Sicherheitspaket auf sich hat. Doch muckt jemand auf, so wird ihm mit dezentem Hinweis auf den 11. September der Mund verboten. Endlich gibt es neben dem Verweis auf das Dritte Reich ein weiteres Totschlagargument, mit dem jedweder Widerstand im Keim erstickt werden kann, will man sich nicht öffentlich als Querdenker (oder überhaupt "Denker"?) outen - der Kampf gegen den Terrorismus. Die Parteienlandschaft in Deutschland verkommt zu einer amorphen Masse aus Ja-Sagern und Abnickern, die um des Machterhalts-Willen zu allem zustimmen, was ihre Position sichern könnte. Richtiggehend wütend machte mich die Rückgratlosigkeit mancher Abgeordneten bei der Abstimmung zum Einsatz der Bundeswehr. War dies Ausdruck des mittelbaren Willens des Volkes, den der Bundestag nach besten Wissen und Gewissen(!) repräsentieren sollte? Oder war dies eine, wohlgemerkt exzellent eingefädelte, PR-Veranstaltung? (...)"

Helga Lorenz, Sachsen, 14.12.01

"Aus dem Herzen gesprochen!!! Und was mich noch sehr beunruhigt: "Unser "Generalsstaatsanwalt, also Sachsens höchster Jurist im Staate darf ungestraft erklären, es sei nicht strafbar/kein Gesetzesverstoß, wenn auf der Straße gerufen wird "Ruhm und Ehre der Waffen-SS".
Das hat er nicht zu Hause und nicht im Suff gesagt, sondern im Dienst. Und der ist noch immer im Dienst! Das kann ich nicht fassen. Die ganze Grundwerte-Diskussion erscheint mir als Heuchelei. Früher haben wir uns über die Heuchelei unseres Staates empört. Da kannten wir diesen Staat nur von Ferne."

Klaus Spitzauer, München, 14.12.01

"ich kann euren aufruf zur wahrung der demokratie in deutschland nur unterstützen. es ist sehr kurz vor zwölf, die werte zu verlieren, die die regierung vorgibt, zu verteidigen.
was mich stört, ist dieses schweigen der bevölkerung!
dazu passt sehr gut ein aphorismus von karl heinz deschner:
"bei dem wort revolution erstarrt der deutsche,
bei dem wort mobilmachung marschiert er!"
in diesem sinne viel erfolg und wenn ihr unterstützung hier im süden braucht
meldet euch mal bei mir."

Malte Schaaf, 14.12.01

"Na ihr werdet es ja wissen! Schon mal überlegt, wieviel Arbeitsplätze es kostet wenn es z.B. die Rüstungsindustrie nicht gäbe??? Ihr solltet die PDS wählen, ah ne geht ja nicht ist ja die Nachfolge Partei der SED. Das beste wäre ihr verschwindet in eure Traumwelt!"

>>>>> Reaktion **<<<<<**

Klaus Siebenbrodt, Stendal, 18.12.01
zu Malte Schaaf:
“Selbst der Vorstandsvorsitzende von VW hat schon erkannt: ...Autos kaufen keine Autos. Herr Schaaf wohin mit ihren Waffen? Welchen Krieg wollen Sie führen für Ihren Arbeitsplatz? Nach meiner Auffassung ist Krieg kein Naturgesetz - Krieg war und ist Menschenwerk mit dem Ergebnis, daß überwiegend unschuldige Menschen zu Opfern werden (je moderner die Waffen und der Krieg, desto mehr unschuldige Opfer). Ich halte Krieg deshalb für ein Verbrechen und ich frage Sie, wollen Sie sich an diesen Verbrechen beteiligen? - ich nicht!
Den Initiatoren der Erklärung danke ich für die klaren Worte - es war Zeit!“

>>>>> Reaktion **<<<<<**

Ingrid Körner, Dresden, 14.12.01

"Lassen Sie mich bitte auf Ihre Erklärung mit einem Appell antworten, den wir, politisch engagierte Bürger des Dresdner Stadtteiles Prohlis, wenige Tage vor der unsäglichen Bundestagsabstimmung am 16. November an alle Parlamentarier sandten. Aus den im Bundestag vertretenen Fraktionen erhielten wir weniger als 30 Antworten und waren erschüttert, wie gern Abgeordnete der FDP und CDU ja zum Krieg gesagt hätten und wie "sachgezwängt" manch Vertreter von Bündnisgrün und auch der SPD sich das Ja letztendlich überstülpen ließen. Froh waren wir über das konsequente Nein der PDS-Vertreter. Das ist zuwenig."

Alexander Kaz, München, 14.12.01

"Liebe Satthaber,
ich habe den Hals selbst auch schon länger voll als mir lieb ist, mit Zeug, das ihr erwähnt. Ihr beklagt Euch, das würde ich auch tun, wenn nicht folgende Frage wäre: An wen hat es Sinn, diese Klagen zu richten? Wer soll Euch hören? Ich? Und was soll ich dann machen, der ich genausowenig Ahnung habe, was ich für eine anderen Umgang mit dem 11. September tun kann wie anscheinend ihr? Was heißt es, >>sich diesem Krieg zu verweigern<<?
Bei den Grünen auszutreten? - Das kann man nur, wenn man Mitglied war.
Nicht mehr wählen gehen? - Da gibt`s die üblichen Gegenargumente, man würde anderen das Feld überlassen. Ne neue Partei gründen? - Das heißt meiner Meinung nach: mein ganzes Privatleben opfern für den Versuch einer Einflußnahme auf Dinge, die zu ändern meine Kräfte weit überschreiten würden.
Das einzige, was ich Euch also schreiben kann, ist: Ja, ich habe so ziemlich das gleiche satt wie Ihr. Und: Daß ich froh bin, daß es Euch gibt. Und: Ich denke, daß man was ändern könnte, wenn mehr Menschen so denken würden in diesem Staat wir Ihr. Aber das tun sie nicht. Und Menschen zu verändern, das liegt nicht in meiner Macht- und vielleicht auch nicht in Eurer. Vielleicht passieren Dinge, die zu einem Umdenken bei der benötigten Anzahl von Menschen führen. Aber ich bin ziemlich sicher, daß ich nicht Teil der Ursache dieser Dinge sein werde ..."

Frank Drozdowski, Großräschen, 15.12.01

"Guten Tag! Großer Dank für diese Aktion! Ich dachte schon ich bin allein mit meinen Gedanken.
Dieses stille Hinnehmen bzw. die breite Befürwortung eines Vernichtungskrieges kam

mir unheimlich vor. Genauso wie bei den Jugoslawienfeldzügen der Bundeswehr. Die Gleichschaltung der Medien und die eingeschränkte Meinungsfreiheit erinnern mich stark an unsere DDR. Auch freue ich mich über das "wieder-aktiv-werden" der deutschen Menschenrechtsgruppen. Das ist in dieser "Gesellschaft ohne Werte" unbedingt erforderlich. Ich sah bei einer Anti-Kriegsdemonstration im Fernsehen vor kurzem ein die Situation treffendes Plakat: "Der Krieg ist gerecht und die Erde ist eine Scheibe."

Pirmin Müller, Schweiz, 15.12.01

"Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Seite habe ich mit Freude und Leid zugleich gelesen. Leid wegen den Zuständen, die momentan in der Welt, in Deutschland und auch der Schweiz herrschen. Die Unfähigkeit der Politiker und die, zum grössten Teil, total unkritische Berichterstattung der Medien. Leider war es schon im alten Rom so. Gebt ihnen Brot und Spiele (oder McDonalds und Big Brother) und sie geben Ruhe. Die meisten Leute sind mit ihren eigenen Problemen so beschäftigt, dass sie sich erst dann aufraffen, wenn es ihnen selbst ans Eingemachte geht. Freude weil man sieht, dass in Deutschland sich nicht alle Pazifisten mit Regierungsposten kaufen lassen. Es ist Zeit, dass man gegen diese unheilvollen Entwicklungen etwas unternimmt. Es darf aber nicht sein, daß die Bewegung in das alte Rechts - Links - Schema fällt. Überall hat es gute Leute, die sich über die Zukunft Gedanken machen. Ich selber, als Rechts-Konservativer, habe viele engagierte Leute kennengelernt, die politisch eigentlich auf der anderen Seite stehen müssten (Rechts - Links). Doch ungeachtet dessen, ob wir in Nebensächlichkeiten anderer Meinung sind, konnten wir uns doch auf eine Ebene stellen. In der heutigen Zeit gibt es kein Rechts oder Links mehr, sondern nur Imperialisten oder Freiheitsliebende. Für Ihre Bemühungen alles Gute."

Michael Bramke, Berlin, 15.12.01

"Selten so gelacht... Ihr habt es also - wieder mal - satt. Und wollt Euch diesem Krieg verweigern, sogar mit Kindern und Eltern über ihn reden. Oh Mann! Da wird Schröder aber die Muffe gehen; ne, in dessen Haut möchte ich jetzt nicht stecken, ehrlich! Nebenbei: Es fällt auf, daß diejenigen von Euch, deren Namen man hin und wieder gehört hat, "a.D." sind. Oder/und Nationalpreisträger; mithin Leute, die bereits zu Lebzeiten durch eine Art Staatsbegräbnis entsorgt wurden. Jede Wette: Wenn Ihr und die nobodys, die mitunterzeichnet haben, es geschafft hätten, in der politischen Kaste der Bundesrepublik dauerhaft unterzukommen, wäret Ihr ebenso staatstragend wie Eppelmann, Thierse und Konsorten. Fragt sich, was erheiternder ist: Deren Verlogenheit oder Euer Schwachsinn. Viel Spaß noch."

Tim Weber, 15.12.01

"(...) Auch ließ mich zögern, daß ich nicht sicher bin, ob der Kriegseinsatz in Afghanistan richtig oder falsch ist. Sehr wohl sehe ich, daß die Herstellung demokratischer Verhältnisse nicht das Hauptmotiv dieses Krieges ist. Doch trotz aller anderen Motive wird dieses Ziel scheinbar auch erreicht. Die Terroranschläge aber

dienen dazu, die Demokratie in Deutschland zurückzudrängen. In hektischer Betriebsamkeit verabschieden die Bundestagsabgeordneten Gesetze und vergessen, Luft zu holen, die so wichtig für das Nachdenken ist.
Abgeordnete von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen lassen sich von Gerhard Schröder knebeln. Und niemand thematisiert diesen skandalösen Vorgang. Das war ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie. Der Aufruf thematisiert es. Dafür bin ich dankbar!"

Klaus-Peter Schleisiek, Aachen, 15.12.01

"(...) Ich fühle mich als einfacher Bürger angesprochen, und ich halte Appelle an Regierung und Parteien ebenfalls für nutzlose Energieverschwendung, wiewohl ich wöchentlich zu den Aachener Montagsdemos gegen den Krieg gehe.
Fragt sich nur, was wir tun können. Selbst ein Generalstreik könnte nicht mehr erreichen, als eine andere dieser gleichartigen Parteien ans Ruder zu bringen, die dann das selbe macht. Eine Graswurzeldemokratie auf Gemeindeebene, direkt und vertreterlos, wäre für mich die grundsätzliche Alternative, aber die gibt es bisher nicht.
Vorschlag: Alternativ zur nächsten Bundestagswahl, und gleichzeitig, in einer Aktion Wahlbenachrichtigungen sammeln, als Protest-Nicht-Wähler zählen und dazu die Protestgründe, zu der wir eine Auswahlliste erstellen müßten, um sie statistisch verwenden zu können.
Motto: Für die Freunde des "kleineren Übels" – dieses mal gezählt und begründet nicht-wählen". Und dazu die freche Forderung erheben, die Parlamentssitze entsprechend der Wahlbeteiligung zu kürzen."

Gunther Hagemeister, 15.12.01

"(...) In einer Zeit, wo die Einschränkung der (bürgerlichen) Demokratie mit dem Schutz derselben begründet wird und ein Aufschrei der gleichgeschalteten Medien nicht befürchtet werden braucht, sind wir bereits weiter von einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft entfernt, als ein jeder zu denken wagt. Meine persönliche Erkenntnis als Ostdeutscher in heutiger Zeit, der politisch zwar nie sonderlich aktiv, aber immer interessiert war:
Wenn ich die uns allen in der ehem. DDR oktroyierte Ideologie(!) und Propaganda der heutigen(!) gegenüberstelle, sehe ich allerdings große Unterschiede - in der Qualität. Ein jeder DDR-Bürger konnte - wenn er wollte - deutliche Mängel und Defizite auf demokratischer Basis feststellen. Und hier namentlich anhand von Theorie und Praxis des realexistierenden Sozialismus. Aber gegenüber dem heutigen Ausmaß an Manipulation und bewusster Desinformation auf dem erhabenen Schilde einer erklärten freien Gesellschaft waren unsere ideologischen Zuchtmeister, von Hager bis Schnitzler, Laiendarsteller! Im direkten Vergleich scheinen sie im Nachhinein geradezu plump, was auch für den trübesten Zeitgenossen spätestens nach Perestroika und Glasnost sichtbar wurde.
Das nahtlose Zusammenspiel der verschiedenen Instanzen von Amt und freier Wirtschaft und „unabhängigen Medien sowie „nur dem Wähler verpflichteten Politikern in einer namentlichen Demokratie ist es, das dieses Spiel heutzutage für so viele undurchschaubar macht. Dagegen nehmen sich Pharmakartelle wie Sandkastenspiele aus. (...)
Mein Fazit lautet: Auch wenn ich persönlich niemandem (auch nicht mir) Vorwürfe mache, dem heute die Lust mehr noch wie früher abgeht, sich irgendwie politisch zu betätigen; die eigene Stimme zu erheben, wenn ein Bekenntnis notwendig ist, sollte

eine Einsicht für jeden sein.
Diese Tatsache und die politische Reaktion darauf wird m. E. immer der grundlegendste Prüfstein einer jeden sich auf demokratische Werte berufenden Gesellschaft sein."

Falk Joensson, Dresden, 16.12.01

"Hallo wir-haben-es-satt.de,
erst habe ich einige Momente lang überlegt, ob ich überhaupt schreiben soll. Vor allem aus einem Grund: was bedeutet das für meine Zukunft? Laufe ich Gefahr, auf eine Rasterfahndungsliste gesetzt zu werden? Wie wird die Politik weitergehen? Habe ich in Zukunft ernsthafte Nachteile zu befürchten, weil ich eine andere Meinung habe als "das System"? Weil ich offensichtlich im Gegensatz zu denen, die offiziell das Volk vertreten sollen, Gewissen, Pazifismus, Humanismus usw. als oberste Handlungsdirektiven empfinde? Weil ich sehe, daß eine Beteiligung Deutschlands am Afghanistankrieg und rassistische wie religiöse Diskriminierung nicht nur an sich schlecht sind und gegen jede Moral und Ethik verstoßen, nein, daß eben diese "Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus" den Terrorismus TODsicher auch nach Deutschland tragen werden?? Nun, ich war damals zur Wende zwölf Jahre alt und habe damals noch nichts groß von Stasi und dergleichen gewußt. Aber, daß ich heute Bedenken habe, ernsthafte Bedenken, muß ich zugeben, meinen Namen auf eine Seite wie wir-haben-es-satt.de zu stellen - dies macht mir wirklich Sorgen... Und eben gerade deshalb, eben gerade deswegen, weil es eben nicht so sein soll, nicht so sein darf, eben deswegen schreibe ich!
Ich schreibe dies allein in meinem Namen, versteht sich. Doch fühlt der größte Teil meines Bekanntenkreises wie ich. Wir haben es satt!"

Bernhard Mora, 16.12.01

"(...) In Diskussionen mit Freunden stellt sich immer wieder heraus: auch wir haben es satt, immer mehr als unmündige Bürger betrachtet und behandelt zu werden und bald einem Generalverdacht unterworfen zu sein. Was mich am meisten schockiert, ist die Tatsache, daß ausgerechnet von Parteien (SPD, Grüne), die man früher getrost als links bezeichnen konnte, eine solch gefährliche und fast schon totalitäre Politik betrieben wird. (...)"

Helmut Lorscheid, 16.12.01

"Nett zu lesen, die Erklärung der versammelten "a.D"s. Was passiert denn jetzt weiter? Treten die Genannten jetzt aus den "Fischer-Chören" aus, oder ziehen der Dumpfbacke Gerd Poppe im Auswärtigen Amt am Schnurbart? Oder haben den Menschenrechts-Beauftragten jetzt gar nicht mehr doll lieb? Oder wählen nie mehr Grün, sondern PDS? Fragen über Fragen. Die Antworten interessieren mich wirklich."

Lothar Großer, Erfurt, 16.12.01

"ich bin der festen überzeugung, dass die wähler in der bundesrepublik deutschland mit der wahl der regierung keinesfalls das recht eingeräumt haben, deutsche menschen wieder in einen krieg zu schicken. (...)
herzlichen dank für diese initiative - müssen wir eines tages wieder mit kerzen demonstrieren:"wir sind das volk"?"

Karl-Heinz Maischner, Dresden, 17.12.01

„Danke für euren "Paukenschlag" gegen die Schwarz-Weiß-Seher in der Welt! Es tut gut, den Zorn, der in mir ist, in so klaren Worten ausgedrückt zu finden!

Aber das kann noch nicht alles gewesen sein. Immer neu versuchen wir gerade auch in der Evangelischen Erwachsenenbildung, gemeinsam mit anderen zu lernen, die vielen Farben der Welt differenziert wahrzunehmen, nicht schwarz-weiß zu malen. Die Fundamentalisten aller Couleur scheinen mir in unserer Zeit mit am gefährlichsten zu sein für die Zukunft der Erde. Deshalb wünsche ich mir - angeregt durch euren so notwendigen "Paukenschlag" – eine differenzierte Auseinandersetzung mit möglichst vielen Menschen in unserem Land und weltweit. Und ich wünsche uns offene Augen für Verbündete, auch wenn sie vielleicht auf einer Seite stehen, von der uns in der Vergangenheit Verletzungen beigebracht wurden, wo manche Wunden (noch) nicht verheilt sind. Ich hoffe auf das Wach-Sein (oder vielleicht Erwachen) Vieler, die ähnlich fühlen und denken, gerade in der Erinnerung an 1989! Mit herzlichen Grüßen und Wünschen für eine heilsam beunruhigende Weihnachtszeit."

Uli Söffker, Rostock, Grünes Forum Mecklenburg-Vorpommern, 17.12.01

"Liebe Leute, habt Ihr eigentlich tatsächlich alle das gelesen, was Ihr da unterschrieben habt?
Macht Ihr jetzt eine neue, bessere Partei auf? Ich habe undifferenzierte Rundumschläge satt!"

Herbert Haas, Herzogenrath, 17.12.01

"Werte Bürgerrechtler, die politische Entwicklung der Bundesrepublik und der westlichen Welt nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten haben wir uns alle nicht so vorgestellt, und man braucht auch nicht unbedingt die Erfahrungen aus der DDR mitzubringen, um den von Ihnen beschriebenen Niedergang der politischen Kultur und die schleichende Aushöhlung der vom Grundgesetzes geschützten Freiheiten festzustellen. Dazu reicht auch die Erinnerung an die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik.(...)
Neulich hat der grüne Abgeordnete Metzger die Wandlung der Grünen zur kriegführenden Partei sogar mit der Mutation von Saulus zu Paulus verglichen. Herr Metzger hat im Prinzip recht, er hat sich jedoch in der Mutations-Richtung vertan; denn der Wandlung der grünen Friedensbewegung zur kriegführenden Partei liegt der inverse Pauluseffekt zu Grunde. In der Apostelgeschichte wird nämlich berichtet, daß der Geist Gottes den römischen Militaristen Saulus, als er auf dem Wege nach Damaskus war, überkam und daß er danach zum Friedensapostel Paulus mutierte. Bei den Grünen ist

das ähnlich, nur umgekehrt: Der Geist nimmt Reißaus, und aus den großen Friedensaposteln werden lauter kleine Militaristen. (...) Das Jammern über die Politiker ist nun aber so alt wie die Demokratie selbst. Schon Platon machte sich Gedanken darüber, wie es gelingen könnte, endlich gute Politiker an die Spitze des Staates zu bringen. Da das aber in ein paar tausend Jahren niemandem gelungen ist, sollte das Volk endlich die Konsequenz daraus ziehen und die wesentlichen Entscheidungen nicht Politikern überlassen sondern selbst treffen. Das Volk muß ja auch die Folgen aus allen Entscheidungen tragen, es kann sich nicht drücken und auch nicht mit dicker Pensionsberechtigung zurücktreten. Deshalb ist das Volk der Souverän und deshalb geht alle Gewalt vom Volke aus, so jedenfalls steht es noch in der Verfassung. Beeilen wir uns also, bevor auch dieser Passus gestrichen oder verfälscht wird, und machen wir es den Schweizern nach: Werden wir echte Demokraten, nehmen wir unser Geschick selbst in die Hände und behandeln wir die Politiker als das, was sie sind: unsere Angestellten. Lassen wir uns auch nicht erzählen, daß Volksentscheide, wie in der Weimarer Republik, die Demokratie destabilisierten. Hitler ist durch die Trickserei der Politiker, nicht durch Volksentscheid zum Reichskanzler geworden.
Für Ihre Initiative möchte ich mich vielmals bedanken und ich hoffe, daß das berechtigte Unbehagen an der perversen Repräsentation des Volkswillens dazu genutzt werden kann, den Politkern die angemaßte Macht zu entwinden und die direkte Demokratie in der Verfassung zu verankern."

Christof Grosse, Pforzheim, 17.12.01

"Schön und beglückend, Eure Erklärung! Aber gehen wir noch einen Schritt weiter - lassen wir uns, gerade heute, von einem Amerikaner an unsere "Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat" erinnern: Henry David Thoreau! (Ich denke an eine Neuauflage von Kriegssteuerboykotten, usw., usw...)"

Regina Hagen, Grimnitz, 17.12.01

„(...) Ja, ich und viele andere haben es auch satt. Und es ist gut, nicht zur Resignation sondern zum Widerspruch aufzufordern. Ich überlege schon manchmal, wie weit im Zweifel mein Mut reichen wird, auch bei anwachsenden Repressionen und Überwachungen den Mund aufzumachen - alles, was wir tun: Widerstand, ziviler Ungehorsam, Demonstrieren,
internationale Kontakte pflegen, usw. kann nach der neuen Definition schließlich als "Terrorismus" eingestuft werden. Da ist es gut, daran zu erinnern, was Sie damals riskiert haben - und daß es Sinn gemacht hat."

Thomas Fischer, Karlsruhe, 18.12.01

"Ist es wirklich eine Lösung, einfach nur die Tatsachen darzustellen, welche noch nicht einmal neu sind, sondern fast jedem bekannt? Vielmehr sollte man doch einmal fragen, WARUM so viele Menschen hohle Phrasen hören wollen und sich mit leeren Versprechungen zufrieden stellen lassen. Und warum lesen so viele die Bildzeitung und lassen sich dadurch freiwillig und bewusst eine fremder Meinung in den Mund legen? Diese Leute wollen doch gar keine mündige Bürger werden. Es findet überhaupt keine Gleichschaltung der Medien statt, sondern diese geben dem Volk nur, was es will. Solange man auf solche Ersatzbefriedigung von Trieben angewiesen ist, wird es keine

mündigen und freiheitsliebenden Menschen geben und eine solche Erklärung wird auch keine Wirkung zeigen."

Frank Eibisch, Chemnitz, 18.12.01

"Liebe Satthabebewegte, es ist schon seltsam: Da haben wir nun vor 12 Jahren gemeinsam gestritten für einen Zuwachs an Demokratie, manche von Euch im „Neuen Forum", andere – wie ich – bei „Demokratie jetzt!", und eigentlich hatte ich mich darauf gefreut, Euren Aufruf zu lesen, nachdem ich durch ein Freund darauf aufmerksam gemacht worden war. Ich begegnete ihm in der Hoffnung, sachliche, engagierte, konstruktive und differenzierte Kritik anzutreffen, die zum Mitdenken anregt. Aber welch eine Enttäuschung habe ich da erleben müssen! Was für ein abgrundtiefer Unterschied zeigt sich da zwischen dem Aufruf des „Neuen Forum" vom Herbst 1989, auf den Ihr ja bewusst anspielt, und diesem Pamphlet! Ein paar Bemerkungen dazu möchte ich Euch doch mitteilen, denn zum Gespräch anregen und damit Euch auch selbst in Frage stellen lassen, wollt Ihr ja vielleicht doch:

(1) Wie gut ist es tatsächlich um Euer Erinnerungsvermögen an die DDR bestellt? Erinnert Ihr Euch daran, was geschehen wäre, hättet Ihr – sagen wir beispielsweise: 1987 – einen solchen Aufruf der Öffentlichkeit zugänglich gemacht? Viele von Euch haben doch Freundinnen und Freunde, denen aufgrund vergleichbarer Äußerungen oder sogar aus weit geringerem Anlass Schlimmes wiederfuhr. In Eure Verlautbarung aber wimmelt es von platten Identifikationen des heutigen bundesdeutschen Staates mit der ehemaligen DDR, die ich so – aus eigenem Erleben – nicht nachvollziehen kann. Was wollt Ihr damit bezwecken?

Gewiss: Vergleichen schärft den Verstand. Gleichmacherei aber verdummt.

(2) Ihr suggeriert Nähe zum einfachen Volk. Tatsächlich aber begebt Ihr Euch, die Ihr doch für differenzierte Argumentation und klare Sprache bekannt wart und geschätzt wurdet, auf Stammtischniveau. Nicht, dass ich mit vulgärer Sprache nichts anzufangen wüsste – ach wie hab' ich mich oft an Biermann gefreut! Der wusste (und weiß es vermutlich noch immer), wer ein „Arschloch" genannt zu werden verdient. Eure pauschalen Beschimpfungen aber, Eure undifferenzierte Politikerschelte und die damit verbundene generalisierende Unterstellung von Motiven, bewegen sich leider auf einer ganz anderen Ebene. Fast hat es den Anschein, als wärt Ihr nicht gewillt, einen anderen Beweggrund als Machtgier für die Meinungsänderung von Menschen zu akzeptieren oder auch nur zu vermuten, sobald es sich um Politikerinnen und Politiker handelt.

(3) Es wundert mich, dass so eifrige Zeitungsleser, wie Ihr es gewiss seid, von einer „Gleichschaltung der Kultur und Medien" sprechen. Ich jedenfalls habe in den letzten Monaten nicht entdecken können, dass – sagen wir mal: die „taz" – in irgendeiner Weise der Regierungspolitik gleichgeschaltet gewesen wäre. Und ich schreibe das, obwohl beispielsweise die Auslassungen von Wiglaf Droste bei mir regelmäßig Würgreiz hervorriefen. Ich wüsste auch nicht, dass etwa die FAZ (!) von einem Erscheinungsverbot bedroht gewesen wäre, nachdem sie im September den Artikel von Arundhati Roy veröffentlicht hatte. Zudem lese ich, so gut ich es schaffe, regelmäßig „Die Zeit" und entdecke auch dort von Gleichschaltung keine Spur. Also bitte: Keine Phrasen!

Wäre es nicht angebrachter, wenn wir Deutschen endlich wieder miteinander zu sprechen begönnen, auch wenn wir unterschiedlicher Meinung zu verschiedenen Fragen sind, anstatt rechthaberisch und beleidigt Geifer und Galle zu versprühen? In dieser Form jedenfalls werdet Ihr eine Mehrung der Demokratie nicht erreichen und Zuwachs

an Bürgerbeteiligung nicht befördern. Und das ist bedauerlich, denn die Sache ist es nach wie vor wert.“

Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld, 18.12.01

„Ich habe es satt, dass inzwischen wieder Lehrer mit Berufsverbot bedroht werden, nur weil sie sogenannte antiamerikanische Äußerungen machen (Inzwischen sind mehrere Fälle bekannt geworden).

Ich habe es satt, wenn Milliarden für die Geheimdienste bewilligt werden, zugleich aber verschwiegen wird, welche terroristische Rolle die Geheimdienste z.B. beim Militärputsch in Chile 1973 gehabt haben, wo Tausende gequält, gefoltert und ermordet wurden.

Ich habe es satt, wenn sich unsere Politiker mit sogenannten Warlords verbünden - oder sie auch im geeigneten Moment wieder fallen lassen -, die ihre Waffen aus den Industrieländern beziehen, deren Export von unseren Politikern genehmigt wird.

Ich habe es satt, wenn in unseren Zeitungen Heldenberichte von Minensuchtrupps auftauchen, die Minen entschärfen, die in den Waffenfabriken der Industrieländer gefertigt wurden.“

David Kusterer, Schüler, 19 Jahre, Nürnberg, 20.12.01

"Ich stimme ihrer Erklärung zu, ich finde es schade, traurig, bestürzend und entmutigend, dass im Zuge der Verabschiedung dieser neuen 'Sicherheitsgesetze' (so gut wie) keiner auf die Straße ging, im Gegensatz zu 'damals' als die Notstandsgesetzte eingeführt wurden. Zumindest wird einem heute im Geschichtsunterricht der Eindruck vermittelt, dass die Menschen zu der Zeit noch in Massen auf die Straße gingen. Diese Zeit des politischen Aktivismus scheint einer Politikmüdigkeit gewichen zu sein - vor allem unter den Jugendlichen - die beängstigend um sich greift. Freilich ist das keine neue Erkenntnis... aber niemand zieht daraus Konsequenzen!"

Udo Paulus, Hildesheim, 22.12.01

"Liebe Initiatorinnen und Initiatoren,
Ihre Erklärung hat mich zutiefst betroffen gemacht. Dass Sie nach 12jähriger Erfahrung mit der "zivilisierten" westlichen Demokratie zu diesen von Ihnen beschriebenen, ja beschrieenen" Erkenntnissen gelangen, ist zwar spät aber keineswegs zu spät. Was mich betrifft, so habe ich bereits in den 70er und 80er Jahren einschlägige Erfahrungen mit den hohlen Phrasen von Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie gemacht und die Gummiparagraphen der politischen Justiz der BRD in einem langjährigen Berufsverbotsprozess am eigenen Leib erleben müssen. Sie haben gleiche Erfahrungen in der DDR gemacht. Schade, dass wir gleichermaßen von politischer Gesinnungsjustiz Verfolgten nicht früher zu gemeinsamem Widerstand aufgestanden sind."

Olaf Brodacki, Rüdersdorf, 23.12.01

"(...) Wir sollten uns alle keiner Illusion hingeben - die Wahrheit der Ereignisse vom 11.9. wird zumindest für die nächsten Jahrzehnte nur einer Handvoll eingeweihter zugänglich sein. So kann es denn auch nicht wundern, dass die Taten und Worte von Amerikanern und Europäern in breiten Teilen der muslimischen Welt nichts als Unverständnis und Abscheu hervorrufen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sich etwa an der Lage afghanischer Frauen durch die Ereignisse tatsächlich etwas gebessert hat und alle betroffenen Regierungen im Interesse Ihres eigenen Machterhalts eine "Allianz gegen den Terror" eingegangen sind. Wer soll die Legitimation haben, zu entscheiden, welche wie auch immer geartete Regierung von fremden Mächten weggebombt gehört? Was, wenn solche Beispiele nach Jahren internationaler Entspannung wieder Schule machen (und sie machen es ja bereits: Tschetschenien, Palästina, Indien/Pakistan usw.). Nicht nur ich frage mich deshalb, warum Biolabors von "Schurkenstaaten" wie Irak einschließlich anbliegender Kindergärten plattgemacht gehören, solche in den USA aber im Zweifelsfall als Heldentat im Kreuzzug gegen das Böse gelten sollen.(...)"

Astrid Lippke, Schermcke, 26.12.01

"(...) Schon seit geraumer Zeit sträubt sich alles in mir, wenn ich einen Teil unserer sogenannten "Volksvertreter" sich auf den Bildschirmen positionieren sehe, wenn ich ihre nichtssagenden, ausschweifenden Antworten auf brennende Fragen höre, wenn ich sehe, höre oder lese, wie sie sich winden und drehen.
Ich habe geweint, als es hieß, dass wir mit einer rot - grünen Regierung in den Krieg ziehen. In meinem ganzen großen Verwandten- und Bekanntenkreis habe ich nur Kriegsgegner
gefunden . Wo kamen denn die ganzen Befürworter her?
Wer kann denn heute noch glauben, dass man einen Krieg gewinnen kann und das es überhaupt etwas bringt, einen Krieg anzuzetteln? Leben wir denn noch in der Steinzeit, dass wir versuchen, so Probleme lösen zu wollen? Warum legt man denn nicht mal in aller Klarheit offen, warum es zu solchen Terrorakten kommt, woher der Hass kommt? Damit keinerlei Mißverständnisse aufkommen, ich hasse und verabscheue jede Form von Gewalt, auch die, die vom Staat ausgeht.(...)"

Georg Koch, Kleinandelfingen (Schweiz), 27.12.01

"(...) In Deutschland leben wir seit Jahren damit, dass am Volk vorbei entschieden wird. In den wesentlichen Fragen ist es inzwischen so dass wir quasi wie in der DDR eine Einparteienherrschaft haben. Es gibt keine Partei, die vertrauenswürdig wäre, daher muss die Macht durch Volksentscheidungen kontrollierbar sein, was auch mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Erst Recht eine Frage wie die um unser Blut, um Krieg und Frieden, das gehört vors Volk, wie man hier zu sagen pflegt. Die verlogenen Entscheidungsfindungen in Berlin sind unerträglich! Bei allem Mitgefühl für die New Yorker Opfer, die zu großen Teilen nicht nur Amerikaner waren, mit Krieg ist das Terror-

Problem mit Sicherheit nicht zu lösen. Das wissen wir aus der Geschichte, ganz davon abgesehen, dass Menschen- und Völkerrechtsverletzungen (zweimaliges absichtliches Bombardieren der Gebäude des IKRK) und zivile Opfer mit nichts zu rechtfertigen sind. Der Papst weist seit über 10 Jahren immer wieder darauf hin, dass mehr Gerechtigkeit dringend von nöten ist und man den hochverschuldeten Drittweltländern ihre Schulden zum grossen Teil erlassen soll. Wenn dann noch die Amerikaner und ihre Finanzkonsortien aus eigenen Interessen aufhören würden, Diktatoren zu unterstützen, wäre 'zigmal mehr gegen den Terror getan, als auch nur eine Bombe in Afghanistan ausrichtet. (...)"

Jürgen Unser, 27.12.01

"(...) schön finde Ich auch, daß Pfarrer dabei sind, die es offensichtlich mit der Bergpredigt ernst meinen. (...)"

Reaktionen ab dem 01.01.2002

Dr.med. Dietrich Loeff, Cottbus, 06.01.2002

"Sehr geehrte Damen und Herren,
am 14.12. hatte ich in diesem Forum meine Zustimmung zum Appell "Wir haben es satt" ausgedrückt und jetzt mal nachgesehen, was insgesamt für Meinungen geäußert wurden.
So weit ich sehe, gibt es überwiegend Zustimmung und daneben Kritik aus drei Hauptrichtungen:
1. Die Autoren leben in einer Traumwelt. Die Wirklichkeit ist anders.
2. Wir können ja doch nichts machen.
3. Es fehlen weiterführende Hinweise. Was können wir tun?
Die Autoren des Appells werden sicher selbst Stellung nehmen. Dennoch hier meine Meinung:
Zu. 1. Traumwelt.
Die Welt ist weder so positiv, wie wir sie wünschen, noch so negativ, wie Pessimisten sie gern malen. Sie muss verbessert werden, wenn wir nicht an ökologischen, sozialen und neuerdings vielleicht auch noch an politisch-militärischen Dauerkonflikten untergehen wollen. Was zu verbessern sei und wie, darüber muss sachlich geredet werden. Für Hohn und Ironie aber, die einige Kritiker benutzen, ist das Thema viel zu ernst. "Die Zeit für Selbstzufriedenheit ist dahin" (Gro Harlem Brundtland, Davos 1989).
Zu 2. Politische Ohnmacht
Selbst ehrenamtlich im politischen Alltagsgeschäft einer Oppositionspartei tätig, kenne ich das Ohnmachtsgefühl angesichts von verbreiteter Passivität und Resignation sehr gut. Dennoch: wer, außer uns selbst, kann es überwinden? "Auf Dich kommt es an, nicht auf alle" (Peter Ensikat, Kabarettautor).
Zu 3. Was tun?
Eine alte Frage, Lenin nannte sogar ein Buch so. Ein paar Gedanken:
a) nicht jede Kritik muss zwingend einen Verbesserungsvorschlag mitbringen. In der Wissenschaft gilt auch der negative Versuchsausgang als Ergebnis, weil er vor einem Irrweg warnt. Von den Autoren des Appells den zweiten Schritt mit dem ersten gleichzeitig zu fordern, heißt sehr viel fordern.
b) Die Palette üblicher Einflussmöglichkeiten: Unterschriften sammeln, Leserbriefe an Zeitungen senden, Kundgebungen u.s.w. ist allgemein bekannt. Nach eigener Erfahrung erzielen persönliche Briefe an die für den eigenen Wahlkreis zuständigen Abgeordneten manchmal mehr Effekt, als zunächst angenommen. Gegenüber dem Einsatz der Bundeswehr für Eroberungskriege wäre die Wehrdienstverweigerung wirksam.
c) Ich rede keiner neuen Partei das Wort und keiner neuen Organisation. Aber die Akzeptanz und Kommunikation derjenigen untereinander, die dem Appell zustimmen, ist wichtig, gleichgültig von welchem politischen Standort sie kommen. Auch die Unterstützung
humanitärer Nichtregierungsorganisationen ist wichtig. Ich weiß, das ist nur Reparaturarbeit, nachdem die offizielle Politik die Schäden angerichtet hat. Das reicht nicht, aber die ehrenamtlichen Mitarbeiter solcher Organisationen erleben vor Ort und mit der Sammelbüchse in Deutschland sehr deutlich, wer ihnen hilft und wer ihre Arbeit wieder
zerstört. So entstehen - leider bisher viel zu wenig - Meinungen, die dann auch vertreten werden und wirken.
Wir werden auch mit dem Appell "Wir haben es satt" nicht die Welt in einem Anlauf glücklich machen, falls so etwas überhaupt geht, aber wir können unseren Teil zu nötigen Verbesserungen beitragen und auch dadurch unserem eigenen Leben einen Sinn geben."

Manfred Bauer, München, 06.01.02

"Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wie Ihr so habe auch ich es satt, als Alibi für eine Politik mißbraucht zu werden, die nicht die unsere sein kann. Ich sehe in Eurer Erklärung zwei Schwerpunkte, die ich gleichermaßen für wichtig halte, die aber aus meiner - und offenbar auch aus Eurer - Sicht nur die Spitze des Eisberges darstellen: eine latente Kriegslüsternheit der aktuellen bundesdeutschen Regierung/der Mehrheit des Deutschen
Bundestages bei gleichgültigen, zumindest sprachlosen Bürgern einerseits und ein zielstrebiger Abbau bürgerlicher Rechte unter Verweis auf eine hochgespielte Bedrohung von außen andererseits.
Die 10/11 des Eisbergs unter Wasser sind unter anderem:
-eine zur politischen Gleichgültigkeit erziehende Bildungspolitik,
-die entpolitisierende Progammgestaltung auch der öffentlich-rechtlichen, vor allem aber der privaten TV- und Radiosender,
-eine entsolidarisierende Wirtschaftspolitik,
-eine sich durch politische Entscheidungen beschleunigende Umverteilung von unten nach oben,
-die von unseren "Repräsentanten" verdrängte Frage der Entschuldung der öffentlichen Haushalte,
-der schwindende Mut der Politik, verantwortliche Entscheidungen zu treffen, die langfristig unumgänglich sind, aber kurzfristig Wählerstimmenkosten könnten - und vieles mehr.
Ich freue mich und halte es für nur konsequent, dass Ihr Euch mit Eurer Sorge nicht an die sog. Repräsentanten, sondern an Eure, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger wendet: nur wir Bürgerinnen und Bürger haben gemeinschaftlich die Kraft, die Kompetenz, das Interesse und das originäre Recht, diesem Machtmißbrauch ein Ende zu setzen. Nicht als Oberlehrer, sondern als besorgter Mitbürger würde ich eine Eurer Feststellungen wie folgt konkretisieren: Die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft ist nicht nur offensichtlich gestört, sie WIRD gestört. Diese Konkretisierung verlangt geradezu nach der Frage "Durch wen?" und verweist folgerichtig auf eine Täterschaft. Das von Euch zu Recht beklagte wachsende Ohnmachtsgefühl einer zunehmenden Zahl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist kein Zufall, es ist meines Erachtens Folge von Systemfehlern unserer unverzichtbaren Demokratie: Von Anfang an haben Parteistrategen die Weichen so gestellt, dass die Bürger und ihre Interessen allenfalls eine Nebenrolle, meist leider sogar nur die
Rolle der zahlenden Zuschauer spielen. Die wesentlichen Stellen des Grundgesetzes, die den Parteien (und über diese der Wirtschaft) ihre dominante Rolle zuschreiben, wurden gleichsam als gottgegeben für unantastbar erklärt, während die im Prinzip mindestens gleichermaßen unabänderlichen Grundrechte der Menschen in diesem Land wie auch der friedliche Charakter unseres Staates mit monatlich zunehmendem gesetzgeberischem Tempo und in gegenseitigem Überbieten von Regierung und Opposition ausgehöhlt und demontiert werden - auch hier der Passiv als mahnende Frage nach den Tätern.
Übrigens sehe ich hier auch eine Beteiligung der Mehrzahl der Medien, die, um langfristig Details über kleine Skandälchen zu bekommen, auf fundierte und angemessene Berichterstattung über die wirklichen, großen Skandale der politischen Kaste und die echten Probleme in unserer Gesellschaft verzichten. Wert wird vor allem darauf gelegt, die Fassade eines demokratischen Rechtsstaates zu erhalten. Mit der Forderung des Verbleibs unserer
(durch den Mut der protestierenden Bürgerinnen und Bürger der Ex-DDR) gewachsenen Bundesrepublik in der Nato wurde Europa 1989 an den Rand eines Krieges gebracht, inzwischen ist nach erbärmlichem Betteln des Kanzlers der Bundeswehr von den USA "endlich" gestattet worden, für die Ehre (?) des Kapitalismus (Demokratie wurde von den USA bisher eher als Nebenprodukt verbreitet) töten und auch selbst fallen zu dürfen.
Der verabscheuungswürdige und natürlich mit allen rechtsstaatlichen polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln konsequent zu verfolgende Anschlag vom 11.September 2001 ist nicht der Beginn einer neuen Zeitrechnung, nicht das erstmalige Auftreten einer

Gefahr für die sogenannte zivilisierte Welt: an jedem Tag zuvor hätte sich der Wahnsinn wie hier des religiös verbrämten Fanatismus seine Schneise schlagen können, nie vorher waren wir Bürgerinnen und Bürger sicher vor einem solchen Anschlag und werden es auch nie sein.
Von Parteisoldaten wurden nach dem II.Weltkrieg Herrschaftsinstrumente für die Parteien ins Grundgesetz geschrieben, von Parteisoldaten wurden diese in über 50 Jahren Bundesrepublik zementiert und heiliggesprochen; von Parteisoldaten werden die nach Notstandsgesetzen, Lauschangriff, einer schleichenden Rechtswegverkürzung und offenkundigen parteienverliebten oder von Parteien abhängigen Rechtsprechung verbliebenen Grundrechtsfragmente mit Knobelbechern zertreten, in zumindest dem Geist des Grundgesetzes widersprechendem, erpresserischem Fraktionszwang dopt sich ein Kanzler zum gleichberechtigten Führer einer Weltmacht mit Zugriff auf waffentaugliches Uran im neuen Garchinger Forschungsreaktor FRM II. Durch die sogenannten Sicherheitspakete des vom Saulus zum Paulus gewandelten Innenministers werden Grundrechte zu
einer Fata Morgana in der emotionalen und sozialen Wüste der Ellenbogen-, Konsum- und Fun-Gesellschaft. Sicher machen diese Pakete nur das Machtmonopol der Parteien und der zunehmenden Zahl der Sicherheitsdienste, nicht die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.
Die wechselnden Regierungen in Bund und Ländern haben in erstaunlich parteiübergreifender Kumpanei einen polizeilichen und geheimdienstlichen Machtapparat geschaffen und perfektioniert, der von radikalen Machthabern (die 1933 auch schon mal durch ein Parlament auf den Thron gehoben wurden) oder auch unter dem Eindruck von Geschehnissen wie am 9.September innerhalb von Stunden zu einer ernsten Gefahr für die
verbliebenen Fragmente bürgerlicher Freiheit zu werden droht.
Bedingungslose Solidarität läßt nicht die Frage zu nach den Sponsoren der Mullahs zu Zeiten, zu denen sie der westlichen Vormacht noch dienlich waren, läßt nicht die Zeit für Differenzierung zwischen strafprozessualer Beweisführung und blindem Hau-Drauf-Aktionismus. Vor dieser bizarren Szenerie wird der Rechtsstaat zur Illusion der Gutgläubigen und Schwachen, aber auch zur Gewinn-Garantie der ohnehin schon Privilegierten und Rücksichtslosen.
Eure Erklärung, dies alles satt zu haben, scheint mir irgendwo auch ein leises Eingeständnis zu sein, dass sich die zu Recht aufbegehrenden Bürgerinnen und Bürger der fünf jetzt östlichen Länder unseres größer gewordenen Deutschland hätten weder in die Privatheit zurück ziehen noch den West-Parteien anschließen sollen, sondern mit wirklich demokratisch gesinnten Menschen der alten 11 Länder der BRD - und diese Menschen gab
und gibt es nach wie vor - einen echten Neuanfang hätten suchen sollen.
Dieser Gedanke führt mich direkt zu meiner durch Eure Erklärung aufgeworfenen Frage: könnt Ihr denn vor dem Hintergrund der so niedergeschriebenen, auch mir aus dem Herzen sprechenden Erklärung es allein bei der Feststellung Eures Unmuts, Eurer abgrundtiefen
Enttäuschung belassen?
Fordert Eure Feststellung nicht geradezu heraus, Euch wie 1989 erneut so vernehmbar und so unnachgiebig zu Wort zu melden, bis der tatsächlichen Selbstbestimmung des Volkes in einem sozialen und solidarischen, ökologischen, friedliebenden und vor allem echt demokratischen Deutschland (Europa?) endlich Rechnung getragen wird? Gerne denke ich
mit Euch und mit sicher einer zunehmenden Zahl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in allen Bundesländern -und vielleicht sogar darüber hinaus- darüber nach, wie diese Ziele konkretisiert und in eine weiterentwickelte Bundesrepublik eingebracht werden können.
Euch und uns wünsche ich für dieses Mammut-Vorhaben recht viel Erfolg!"

Dietrich Marquardt, Frankfurt/Main, 07.01.02

"Liebe Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, euer aufruf (ich darf euch mit dem hessischen ihr/euer ansprechen?) hat mich sehr bewegt. ich habe erst gezweifelt, doch jetzt: es ist gut, dass alles zur sprache kommt.
ich kenne das alles so gut. auch meine kinder passen mal in der schule, sagen wir in mathematik, nicht richtig auf. dann ist das ergebnis eine schlechte zensur mündlich oder in einer arbeit. schamhaft wird das heft gezeigt. nie schimpfe ich, immer ermahne ich nur, noch einmal nachzudenken - mathe ist logisch - und gründlich weiter zu lernen. und bei euch ist es doch auch so, ihr habt nicht richtig aufgepasst, habt nicht geglaubt, was man euch bis zum überdruss erklärt hat, und was ihr auch von anderen als den von euch gehassten lehrern hättet lernen können (euer deutsch ist hundsmiserabel mit "aufblasen" und "gummistricken", "umsonst" - nix war umsonst, aber alles "vergebens". aber hier gehts ja um staatsbürgerkunde, gemeinschaftskunde, sozi - egal wie man das nennt).
also setzt euch hin, lest nach, lernt nach und posaunt eure verflossene (?) naivität und faulheit nicht noch angeberisch hinaus, ihr verderbt die guten sitten. und wenn ihr schon mit euren kindern über schulversagen reden wollt, dann macht das besser so, wie ich das mache. nehmt endlich vernunft an, lasst es nicht "schadlos an euch abperlen" und hört mal auf das was man euch im guten sagt.
aber es ist gut, dass es mal zur sprache kam."

Dr. Gusti Heine, 08.01.02

"Die Botschaft dieser Erklärung trifft genau meine Meinung. Nach dem 11. September ist vieles in der Bundesrepublik anders geworden, als man es sich von einem demokratischen Staatsgebilde erhofft hat. Auch ich bin der Meinung, und das ganz besonders, wenn ich als Leipziger die geschützten Aufmärsche der Neonazis sehe, dass dieser Staat jede demokratische Regung verloren hat. Es wird bestimmt auch noch schlimmer, wenn die neunen Gesetze gegen den Terror eingeführt werden. Auch ich fühle eine Ohnmacht und weiss nicht, wie ich meine Meinung öffentlich machen soll. Deshalb nutze ich dieses Forum, um die Erklärung zu unterstützen. Ich möchte mich den Unterzeichnern anschließen."

Dr.-Ing. Axel Kießig, Leipzig, 08.01.02

"Ich zolle Hochachtung vor dem Mut der Bürger, die es endlich geschafft haben, ihrem Zorn Ausdruck zu verleihen und dies in Offenheit und Öffentlichkeit.
Die heutige Gesellschaft ist derart deformiert, dass abweichende Meinungen überhaupt keine Chance mehr haben gehört zu werden. Die Oberen, und da unterscheiden sich leider SPD, CDU, Grüne und PDS .... überhaupt nicht mehr voneinander, ignorieren einfach, dass es Menschen, viele Menschen gibt, die
a.. gegen deutsche Beteiligung an Kriegen sind, die sie gar nicht zu verantworten haben, und in die sie völkerrechtswidrig gezwungen wurden
b.. gegen eine Wirtschaftspolitik auftreten, die alles andere als für die Menschen gemacht ist, sondern nur den Interessen des Großkapitals folgt, die Interessen der Klein- und Mittelunternehmer aber mit den Füssen tritt
c.. alles dafür tun wollen, dass Regionalpolitik den Menschen der Region und nicht ehrgeizigen Profilierungsabsichten abgehobener Politiker zu gute kommt
d.. niemand Angst haben muss, dass seine Privatsphäre ohne eigene Absicht öffentlich gemacht wird und
e. Wohnungen sowie das übrige soziale Umfeld nicht unter Kapitalverwertungszielen, sondern zum Nutzen auch sozial nicht hoch stehender Menschen gehegt, gepflegt und entwickelt werden.

In diesem Sinne: Viel Erfolg bei der weiteren Arbeit. Kopf hoch! Nicht korrupte Politiker und Parteien, sondern ehrliche Menschen gehören an die Spitze eines modernen Staates."

Reinhard Kunze, Leipzig, 08.01.02

"Bitte denkt mal drüber nach: In einer Tageszeitung habe ich vom "satten Aufruf" heute gelesen (LVZ - Springer! - ich weiß, ich weiß, alles Trick der Meinungsmacher, daß über so etwas sogar in der bösen Springerpresse wohlwollend berichtet wird..), ihn mir im Internet
selbst anschauen können, jetzt sage ich mit Name und Adresse meine Meinung dazu und nun müßte ja eigentlich, wenn man die heutigen Zustände mit denen in der DDR gleichsetzt, die VOPO vor meiner Tür stehen - oder? Ich habe es u.a. a u c h satt, wenn man mir in
doktrinärer Art seine Sicht als die einzig richtige vorsetzt. Um nicht bereits Gesagtes zu wiederholen: Nur dem Diskussionsbeitrag von Frank Eibisch vom 18.Dezember 2001 kann ich voll meine Zustimmung geben. Wer den Herbst 1989 in der DDR mit den Gegebenheiten des Herbstes 2001 in der Bundesrepublkik Deutschland gleichsetzt, sieht oder will an der
Realität vorbeisehen. Und das ist es, was in mir ein ungutes Gefühl aufkommen läßt und die zum Teil zu akzeptierenden Gedanken des Aufrufs in ein schlechtes Licht stellt. Irgendwie ist es heute "chic", auf Unmut zu machen, Phrasen zu dreschen..."

Bernd Kunzmann, Berlin, 08.01.02

"Sehr geehrte Damen und Herren, die Grundaussagen Ihres Papiers "Wir haben es satt ..." sind abwegig. Ihre Vergleiche der heutigen deutschen Gesellschaft mit der der DDR zeigen, dass Ihnen fast alles Maß abhanden gekommen sein muss. Ihr Vokabular ist in Teilen beleidigend und diffamierend. Ich habe jenes stammtischhafte Satt-haben-Gerede satt, das Sie praktizieren. Ihre Meinungsseite ist eine erbauliche Ansammlung von Ihnen selektierter Wortmeldungen, die überwiegend nicht von dieser Welt zu sein scheinen."

Klaus Plätzsch, Leipzig, 08.01.02

"Zunächst distanziere ich mich vom pubertären Diktus des Pamphlets ("warmer Arsch", "röhrende Funktionäre", "Dumpfbackigkeit") - aber auch inhaltlich:
- Wer beantwortet Ihre Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit "höhnischem Gelächter und dem süffisanten Verweis auf den Rechtsstaat"? Ich war unter "DDR"-Verhältnissen Jurist und kann sehr wohl beurteilen, daß dies ein Unrechtsstaat war. Wirkliche Gerechtigkeit allerdings wird es unter Menschen nie geben. Ich protestiere daher gegen Ihre undifferenzierte Diffamierung der jetzigen Rechtsordnung.
- Wohl nach Formulierung Ihrer Erklärung wurde das Bin-Ladin-Video veröffentlicht, aus dem die Komplizenschaft der Al-Quaida-Terroristen mit dem Taliban-Regime hervorging (trotz kläglicher Versuche des ARD-Magazins "Monitor" eine wesentliche Entstellung der Äußerungen Bin-Ladins durch die USA zu konstruieren). Leute wie Sie gerieren sich gern als Pazifisten ohne jedoch eine praktikable Alternative aufzuzeigen, das die Terroristen unterstützende Taliban-Regime zu stürzen als durch Krieg.
- Geheimdienste sind sicher eine problematische Sache. Auch wenn sie häufig versagen

- immerhin wurde der geplante Anschlag auf den Straßburger Weihnachtsmarkt rechtzeitig vereitelt. Wer sollte sonst ihre Aufgaben übernehmen? Warten wir erstmal ab, ob sie wirklich "aufgeblasen werden".
- Man kann den Wahlkampf der Parteien verachten, jedoch ist es unzulässig, die heutigen Parteien gleichzusetzen mit der verbrecherischen SED und ihrer Vasallen. Ich habe mich nie "über das Abstimmungsverhalten der Volkskammerabgeordneten amüsiert" - genausowenig vergeht mir "das Lachen" angesichts des heutigen Abstimmungsverhaltens. Sie suggerieren, daß die heutigen Parteien schlimmer seien als die SED.
Ich hoffe, daß jene verantwortlichen Politiker, die Ihren Aufruf zur Kenntnis nehmen, ob des darin enthaltenen Unfugs sich nicht selbstzufrieden zurücklehnen sondern sich fragen woher eine weitverbreitete Politikverdrossenheit kommt, die bei den nächsten Wahlen in Sachsen/Anhalt die Schill-Partei zu ähnlichem Erfolg wie in Hamburg bringen wird."

Jens Legler, 09.01.02

"Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn ich mich nicht sonderlich zu den politischen Gruppierungen hingezogen fühle, die Sie zu einem gewissen Teil vertreten, und ich letztlich im Großen und Ganzen den "Afghanistan-Einsatz" begrüße - sicher im Gegensatz zu vielen von Ihnen -, empfinde ich doch sehr deutlich die gleichen Missstände, die Sie anprangern; womit auch schon ein
wesentlicher Punkt zu nennen wäre:
Nämlich dass derjenige, der die Kritik in der Art und Weise übt wie Sie, leider sofort von vornherein als Miesmacher oder Nestbeschmutzer angeprangert wird. Ich erinnere mich lebhaft daran, wie Otto Schily in einer Talkshow Egon Bahr in rüpelhaftester Weise das Wort regelrecht verbot - dass also tendenziell jegliche Kritik
per se schon Kritik am Staat sein soll: was sie in solchen Momenten leider, leider auch zu sein scheint, wenn man bedenkt, dass Schily nun eben kein Privatbürger, sondern Innenminister ist!
Das Abstimmungsverhalten für den Afghanistaneinsatz mit dem Kaspertheater des CDU-"Nein" und dem jämmerlichen "Ja" der Grünen (ich betone noch einmal: ich bin auch für den Einsatz, doch die Abstimmung war würdelos!) , war dann sicher der unerreichte Höhepunkt der Heuchelei!
Ihr Vergleich mit der DDR ist sicher recht überspitzt und etwas plakativ, obgleich es sicher unübersehbare Parallelen gibt; meines Empfindens nach ist der Politikstil oberflächlich gesehen oft ähnlich, doch während in der DDR die Ideologie im Vordergrund stand, steuern nun die Pfründe der Parteifunktionäre ihr Abstimmverhalten, und dies teilweise (wie bei den Grünen) sogar voll gegen ihre eigene Basis. Wenn Volksvertreter den Anteil des Volkes, dass sie eingesetzt - weil gewählt - hat, ignoriert, sind sie überflüssig. Das müsste die Grünen ergo zur überflüssigen Partei machen.
Ich kann nur hoffen, dass dieser Politstil die Inhalte nicht auch noch verbiegt - das wäre dann eine Besorgnis, die ich sicher mit Ihnen teile!"

Christian Wolff, Pfarrer an der Thomaskirche zu Leipzig, 09.01.02

"Wo bleibt der Hunger?
Einige Anmerkungen zur Erklärung "Wir haben es satt"

Selten habe ich eine sprachlich so rotzige und in der politischen Argumentation so oberflächlich-dürftige Erklärung gelesen, die von Menschen formuliert und unterschrieben wurde, auf deren Urteilskraft ich bis jetzt große Stücke halte und deren Lebensleistung ich sehr hoch achte. Aber das, was DDR-Bürgerrechtler unter dem Motto

"Wir haben es satt" an Gedankensplittern aneinander gefügt haben, ist wahrlich mit der Sense geschrieben (Christoph Diekmann) und letztlich nicht mehr als ein Sammelsurium von berechtigter Kritik an beunruhigenden politischen Vorgängen und Wutausbrüchen beleidigter-verletzter Seelen.

Nun mag man sich fragen: Wie kommt es, dass so kluge Menschen wie Wolfgang Ullmann, Sebastian Pflugbeil, Hans-Jochen Tschiche, Christian Führer, Hans-Jürgen Fischbeck, Hans-Peter Gensichen sich zu einem solchen Pamphlet hinreißen lassen? Entlädt sich hier lang angestauter Frust oder sehnen man und frau sich zurück zu den Zeiten vor 1989, in denen die Verhältnisse zwar unerträglich schwer, aber wenigstens klar waren und selbst verhaltene Kritik große Wirkung hatte. Ich vermute einmal, dass Enttäuschung über die Verhältnisse im neuen Deutschland und die Sehnsucht nach übersichtlichen gesellschaftlichen Strukturen bei den Verfassern der Erklärung eine merkwürdige Koalition eingegangen sind. Nur so ist zu erklären, dass Menschen, die über ein erhebliches Maß an Einfluss verfügen, schreiben können: "Wir fühlen uns im wachsenden Maße ohnmächtig ..." Wirklich? Welcher von den über 600 Bundestagsabgeordneten oder den Tausenden Parteifunktionären verfügt denn über eine solche Plattform und so viele Möglichkeiten, seine Überzeugung darzulegen, Meinung zu bilden und Einfluss zu nehmen, wie zum Beispiel der Pfarrer der Nikolaikirche oder der Akademiedirektor von Mühlheim-Ruhr? Da stellt sich doch ein ganz andere Frage: Wie nutzen die Unterzeichner ihre politischen Möglichkeiten und schätzen sie diese richtig ein? Und: Sind sie bereit, sich mit ihrer Meinung dem politischen Streit zu stellen? Mögen die Schröders und Schilys "uneingeschränkte Solidarität" mit wem und was auch immer fordern oder an Gesetzen basteln, die die Meinungsfreiheit einschränken - die Frage ist doch: Billige ich ihnen zu, mich aus der politischen Diskussion auszuschalten oder schalte ich mich in die Debatte ein, um für andere Mehrheiten zu sorgen? Was tun wir also gegen einen Hardliner wie Otto Schily - ein letzter, beleidigter Abgesang aus der Schmollecke oder eine frische politische Auseinandersetzung um den richtigen Weg?

Nun wendet sich der Aufruf bewusst nicht an bestimmte Politiker und Parteien, sondern an den "einfachen Bürger" - mit dem doch überraschenden Zusatz "wie wir". Aber sind die Verfasser und Unterzeichner des Aufrufs wirklich so "einfach"? Warum dann die umfänglichen Angaben zur Person der Unzeichner: Minister a.D., Abgeordneter a.D. und fast alle Ordensträger - einfache Bürger? Suggeriert werden soll wohl: Wir, die Unterzeichner des Aufrufs, ergreifen jetzt das Wort und bringen das, was der einfache Bürger so denkt, zur Sprache. Nur - der "einfache Bürger" macht seit Monaten Otto Schily nach Joschka Fischer zum beliebtesten Minister und hat sich mit der Afghanistan-Politik der Rot-Grünen-Koalition ebenso einverstanden erklärt wie mit dem sog. Otto-Katalog. Damit wird diese Politik nicht richtiger, damit erübrigt sich auch nicht die Kritik. Nur - diese muss sich dann auch gegen die derzeitige Mehrheitsmeinung in unserer Gesellschaft richten, anstatt eine amorphe Masse von "einfachen Bürgern" als Schutzschild für die eigene Position vor sich herzutragen. Die Ohnmacht, die die Unterzeichner in sich verspüren, hat ihren Grund weniger in dem, was der Bundeskanzler sagt und das Parlament in Sachen Afghanistan mehrheitlich entscheidet, sondern vielmehr darin, dass dies von einer erdrückenden Mehrheit in der Bevölkerung mitgetragen wird. Anstatt mit Ohnmachtsgerede Mitleid zu erregen, hätte ich mir die präzise Beschreibung einer Minderheitsposition gewünscht - und zwar so, dass diese auch andere überzeugen kann und die vor allem friedenspolitische Debatte vorantreibt.

Da wird der Bundeskanzler kritisiert, weil er angeblich Abgeordnete dazu gebracht hat, gegen ihre Meinung zu handeln. Ach, die armen Abgeordneten, die sich diesem böswilligen Kanzler fügen müssen! Wirklich? Immerhin gab es eine Frau, die sich nicht hat verbiegen lassen wie die Ströbeles. Diese Bundestagsabgeordnete war die einzige von denen, die der Regierung bei der Abstimmung über den Afghanistan-Einsatz nicht folgen wollten, die überzeugend handelte: Sie trat aus der SPD-Fraktion aus und kehrte damit den Regierungsparteien den Rücken. Ein wichtiges, überzeugendes Signal. Das "erbärmlich und erschreckende" an der rot-grünen Entscheidung war doch nicht die

Zustimmung zum Bundeswehreinsatz, sondern die Tatsache, dass einige Abgeordnete meinten, aus Gewissensgründen gegen diesen Einsatz stimmen zu können, um dann später die Bundesregierung zu stützen, die den Beschluss, den man aus Gewissensgründen ablehnt, durchführt.

Wieso dürfen Abgeordnete, die meine Interessen nicht vertreten und dies bewusst tun, sich nicht darüber freuen, dass sie für ihre Überzeugung eine Mehrheit haben - auch wenn mich das schmerzt? Was haben die Unterzeichner des Aufrufs für ein Verständnis von parlamentarischer Demokratie? Sie lehnen die Diskussion mit den Parteien und Mandatsträgern ab, erklären sich für ohnmächtig, schimpfen, dass Entscheidungen nicht so ausfallen, wie sie sich das vorstellen, belegen diese mit dem Verdikt "gegen unsere Interessen", suggerieren damit im Kontext des Aufrufs, dass die Politik der Bundesregierung "gegen die Interessen des einfachen Bürgers" gerichtet ist und brandmarken damit die Volksvertreter zu Kopfnickern, die Parteitage zu "Geschwätz"-Veranstaltungen und Funktionäre zu röhrenden Hirschen. Aber der Aufruf enthält nicht ein Angebot an den "einfachen Bürger": Hier bei uns kannst du dich engagieren für Freiheit, für Demokratie, für Gewaltlosigkeit. Stattdessen - und so liest sich auch Diskussion auf der Internetseite www.wir-haben-es-satt.de - fühlen sich alle Frustrierten in Ostdeutschland bestätigt: Diese BRD ist genauso, nein: noch schlimmer wie die alte DDR. Was für ein erstarrtes, larmoyantes Denken von Menschen, die einst den Aufbruch zur Demokratie initiierten, das darüber hinaus nicht ungefährlich ist, weil es den Institutionen der rechtsstaatlichen Demokratie die Legitimation zu entziehen versucht. Ein Satz wie "Wir haben es satt, dass unter dem Banner von Freiheit und Demokratie gegen unsere Interessen regiert wird" ist nicht nur falsch, sondern auch unverantwortlich.

Zwar haben eine ganze Reihe der Unterzeichner hinter ihrem Namen vermerkt, dass sie sich einst bei der Ökumenischen Versammlung engagiert haben, doch mangelt es der Erklärung in einem erschreckenden Maß an Benennung der politischen Probleme, die jetzt diskutiert werden müssen - also auch in Sachen konziliarer Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung "a.D."?! Wo bleibt die kritische Auseinandersetzung mit den entscheidenden Fragen jenseits von Parolen wie "Wir verweigern uns diesem Krieg" - ich nenne nur einige:
* Wie kann die rein militärisch ausgerichtete, gefährliche Interventionspolitik der USA überwunden werden durch eine Gestaltungspolitik, in der dem Militärischen nur noch eine polizeiliche Funktion zugewiesen wird und das Schwergewicht auf wirtschaftliche und politische Entwicklung gesetzt wird?
* Wie übersetzen wir Pazifismus in praktische Politik?
* Welche Rolle kann und soll die UNO im Kampf gegen den Terrorismus spielen?
* Wie lassen sich angesichts der globalen Verteilungskämpfe um Arbeit, Wasser, Luft, Energie, Einkommen nichtmilitärische Konfliktlösungsmodelle entwickeln und die Errungenschaften der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie bewahren?

Von so gebildeten und erfahrenen Menschen, wie die Unterzeichner es sind, muss ich eigentlich erwarten, ja verlangen können, dass sie dazu Denkanstösse geben und Perspektiven aufzeigen. Das brauchen die Parteien und Parlamente, das brauchen aber auch die "einfachen Bürger". Was ich also vor allem vermisse in der Erklärung: Es ist der Hunger nach einer Erneuerung unseres Landes, auch des eigenen Denkens. Sind die Unterzeichner denn schon so satt oder doch nur - hoch geehrt - "a.D."?!"

Ingo Becker, Salzwedel, 10.01.02

"Ja, ich habe es auch satt! 1989 gab es eine Abstimmung mit den Füßen, die das Ende der DDR beschloss. Doch wie sollen wir heute wirkungsvoll abstimmen? Wir dürfen wohl alles sagen, weil es keinerlei Gewicht hat, was wir sagen. Wir sind das Volk und haben die Narrenfreiheit."

Thomas Nitschke, 11.01.02

"Endlich! Auch wenn mir die Sprache der Unterzeichner nicht an allen Stellen gefällt, endlich finden sich wieder die, die es bereits vor mehr als zehn Jahren wagten, den Mund zu öffnen und aufrecht zu gehn, selbst in Zeiten als dies von der Mehrheit des Volkes zwar abends zu Hause gewollt, in der Realität doch nie praktiziert wurde. Und es stimmt ja auch. Diese Wörte, diese Phrasen - "uneingeschränkte Solidarität", "Kampf für die Gerechtigkeit", kennen wie doch alle im Osten. Wir wurden damit sozusagen großgezogen. Merkwürdig nur, dass die gleichen Phrasen heute wieder unser Leben begleiten, noch dazu mit dem selben ewigen Gültigkeitsanspruch. Wieder spürte ich diese Ohnmacht, dieses rationale und intuitive Wissen, dass mit dieser Politik der großen Worte irgendwas nicht stimmt. Wieder fühlte ich mich allein, zwar nicht direkt verfolgt und in eine ungewisse Existenz blickend wie damals vor zehn Jahren, doch es gibt Ähnlichkeiten, mehr als gut und genug. Endlich gibt es wieder ein öffentliches Forum, fernab von jeglichem Parteiengezänk, wo es doch zumeist eher um Karriere als um das Wohl des Volkes, das Wohl der Bürger geht. Ein Anfang ist gemacht, ein Forum zur öffentlichen Diskussion erstellt und eröffnet, was draus wird, kann und will sicherlich niemand sagen. Doch wenn wir dies nutzen, so können wir zumindest unsere Ohnmacht und Sprachlosigkeit überwinden. Es ist gut zu wissen, dass man nicht allein so denkt und fühlt."

Stefan Heyer, Leipzig, 12.01.02

"Als mich die Volkspolizei im Sommer 1989 zuführte, weil ich in Leipzig auf dem Straßenmusikfestival fotografierte, als sie mir die Arme verdrehten und an den Kleidern zerrten, da wußte ich noch nicht was Pfefferspray und ein Gummiknüppel sind. Auch Wasserwerfer waren mir unbekannt. Als man mir nach 24 Stunden Haft den Fotoapparat wiedergab und einen neuen Film dazu, da habe ich geschimpft, auf den Staat, die Volkspolizei, die Stasi... und ich habe weitergemacht. Im Herbst 1989, es gab schon mehr Demonstranten, der Staat rüstete auf, da sah ich dann den ersten LKW mit aufmontierter Feuerwehrspritze, da lief ich zu ihm hin, da war kein einfaches Rankommen, viele der späteren "Helden" wollten gleich mir endlich mal einen richtigen Wasserwerfer sehen, so wie im Fernsehen bei Karl-Eduard, oder wenigstens ein bißchen so. Naß geworden bin ich nicht, die anderen auch nicht, hätte uns auch nicht umgehauen, denn wer glaubt schon, daß es diese Spritze auf den rechten Druck gebracht hätte. Zudem gab es die Beimengung von CS-Gas nur im schwarzen Kanal und im wirklichen Leben, anderswo; den einen kannten wir, das andere nicht. Auch erschienen mir die Volkspolizisten in ihrem Agieren eher als gehemmt. Lag wohl an diesen Rufen wie "Wir sind das Volk", lag wohl auch daran, daß die Polizisten zumindest subjektiv der Meinung waren für das Volk dazusein und es zu vertreten. Unsere heutigen Polizisten sind da schon aus ganz anderem Schrot und Korn. Ruf ihnen zu "Wir sind das Volk" und sie werden amüsiert antworten, wenn sie antworten "...und ich bin ein Beamter!" Als Dreingabe gibt es dann den Gummiknüppel quer über das Gesicht. Herr Dreibisch, Herr Kunze, Herr Kunzmann, sie glauben mir nicht? Haben sie die Welt oder nur die letzten 10 Jahre verschlafen? Fahren sie doch mal nach Brokdorf, oder nach Gorleben, lassen sie sich berichten. Oder aber ich lade sie ein nach Leipzig. Vielleicht an Führers Geburtstag? Wenn dann ein Teil unserer Jugend, befreit von Wehrkunde und Kriegsspielzeug im Kindergarten, zum Völkerschlachtdenkmal zieht, wenn andere sich diesen entgegenstellen, da können sie den "Rechtsstaat" ganz ungeschminkt und live erleben. Da stehen dann die Vertreter dieses Staates, der ja in keinem Fall ein "Linksstaat" ist, anzusehen in ihrer Montur wie die römischen Gladiatoren, motiviert wohl eher wie die Söldner, durch Anstellung und Rente auf Lebenszeit. Sie wollen sehen wie Frauen geschlagen werden oder getreten? Schauen sie

nur hin! Den Männern geht es so wie den Frauen, den Alten wie den Jungen, den an der Gegendemonstration Beteiligten so wie den Unbeteiligten. Nur vor Ort sein muß man, das reicht. Sie wollen selbst Prügel bekommen, vielleicht weil sie mir nicht glauben und weil sie kurzsichtig sind? Bringen sie einen Fotoapparat mir, das erhöht ihre Chancen! Sie meinen, Prügel bekommen nur die "Autonomen", und die hätten es ja irgendwie schon verdient? Auch die haben es nicht verdient! Aber kommen sie nur in ihrer normalen Kleidung und lernen sie. Wenn sie dann ihre Lektion immer noch nicht gelernt haben sollten, da können sie ja Anzeige erstatten. Nur, gegen wen eigentlich? Diese Rechtsstaatler waren doch alle maskiert! Auch sind da ein paar Flaschen geflogen, fünf aus einer Menge von 10.000. Die Flasche, die geworfen wurde, lag sie nicht gar in ihrer Hand? Bedarf es eines Zeugen dieser Untat? Der rechte Korpsgeist wird funktionieren, wenn sie nur wichtig genug sind und unbequem. Wollen sie all das erleben? Dann folgen sie meiner Einladung!. Sie werden begreifen, dieser Staat wendet vierwöchentlich und zu den unterschiedlichsten, auch nichtigsten Gelegenheiten (die haben den Nazis da keinen Platz gemacht...) ein Maß an Gewalt an, dass es in der DDR selbst dann nicht gegeben hat, als es um Alles, um Sein oder Nichtsein, um die Existenz des Staates ging. Nein, man sollte die BRD wirklich nicht mit der DDR vergleichen, das hat letztere nicht verdient. Als schuldiges ehemaliges Mitglied einer auch schuldbeladenen Bürgerbewegung muß ich bekennen, wir haben eine schlechte, kritikwürdige Gesellschaft eingetauscht gegen eine kriminelle, verbrecherische, kriegführende (die uns besser bezahlt, meistens). Wir haben eine schwerfällige, starre, nur mit großen Mühen reformierbare, aber eben doch eine reformierbare Gesellschaft eingetauscht gegen einen Staat, der das Zulassen einer ineffizienten Kritik als systemstabilisierendes Element begreift. Die anderen sind Verfassungsfeinde. Da hat auch dieser Aufruf "wir haben es satt..." seine Funktion, so wie mein Beitrag, drum höre ich jetzt auf."

Olaf Tauchert, 13.01.02

"Es wird Zeit, dass mal jemand den Mund aufmacht! Die Unterzeichner sprechen mir aus dem Herzen. Das heißt nicht, dass mir die jetzige Regierung nicht hundertmal lieber ist, als der Sozialabbau unter der Regierung Kohl. Aber alles machen die eben auch nicht richtig. Vor allem sind unsere unabhängigen und freien Medien noch viel konservativer als die Regierung. Gerade solche Entscheidungen gegen Interessen des Volkes werden gut geheißen, während man z.B. gegen die Ökosteuer wettert. An unsere Lokalzeitung "Freie Presse" schickte ich folgenden Leserbrief im September, welcher "natürlich" nicht veröffentlicht wurde:
>>Leserpost zum Artikel "Schüler entsetzt: Sächsische Lehrerin begrüßt Anschläge"
Wenn die Lehrerin sagt: "Endlich haben die USA mal einen Denkzettel bekommen..." heißt das noch lange nicht, dass sie die Terroranschläge gutheißt. Sicherlich war die Lehrerin genauso erschüttert über das Schicksal dieser zig-tausend Opfer, wie ich. Aber wenn man außerdem noch äußert, dass ohne das arrogante Auftreten der USA in aller Welt, diese Terroristen vielleicht weniger Zulauf hätten und dass ein, wie auch immer gearteter, Denkzettel absehbar war, so ist das - so glaube ich - von der Meinungsfreiheit gedeckt. Darin bin ich mir mit einigen meiner Kollegen einig und ein peruanischer Mailfreund von mir glaubt in den Terrorakten sogar eine gerechte Strafe Gottes zu erkennen nach dem Bibelsatz "Wer sich selbst erhöhet, wird erniedriget werden".
Ich finde es deshalb skandalös, dass in einem Land, wo sogar Nazis legal und zum Teil von der Polizei geschützt aufmarschieren dürfen, eine Lehrerin nach DDR-Manier suspendiert wird, als ob sie seinerzeit etwas gegen "die unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion" gesagt hätte. Deshalb erkläre ich mich mit der Lehrerin ausdrücklich solidarisch. Manchmal denke ich, in manchen Köpfen hat der "Große Bruder" nur jetzt einen anderen Namen und von Freiheit und Demokratie haben die nichts begriffen.<<
Und dass es "natürlich" ist, das so etwas nicht veröffentlicht wird, ist sehr schlimm! Diese Zustände habe auch ich satt.(...)"

Daniel H. Wagner, Heidelberg, 14.01.02

"Sehr geehrte Damen und Herren, der Imperialismus diente in der Gesamtheit stets zunächst wenigen, um schließlich das Leben aller zu verbessern. Dazu ist es unablässig, Opfer zu erbringen. Finden wir uns damit ab, daß wir eben genau diese Opfer sind, denn das ist ja nicht erst seit gestern so! Es ist so, wie es schon seit Jahrtausenden ist. Und es muß so sein. Ihre Seite ist pure Energieverschwendung."

Tobias Mohr, Bodenheim/Rhein, 16.01.02

"Liebe Unterzeichnende, ich möchte mich zuerst bedanken für Eure - sicher stellenweise polemisierende - Erklärung. Wie jeder weiß, ist es auch wichtig jedweden Ärger durchaus "undifferenziert" herauszuschreien, denn wie meine und sicher auch die Erfahrung vieler anderer Pazifisten und Friedensfreunde gezeigt hat: Unsere Politiker und andere, die sagen, wo es langgeht, hören leider nicht das Argument, sie hören höchstens das Schreien und Schimpfen.
Auf die Reaktion einiger ach so kritischer Bürger, die meinen, es würde sich in Gemeinplätzen und Pauschalisierungen ergangen, man lebe in einer Traumwelt und was denn bitte die Vorschläge für Verbesserungen dieses scheinbar ach so demokratischen Staates seien, kann ich nur antworten:
Habt ihr etwa die letzten 20 Jahre BRD verschlafen? Habt ihr nie bei Diskussionen und Demonstrationen darauf geachtet, daß hier argumentiert und sachlich diskutiert wurde? Habt ihr vergessen, daß Eine-Welt Initiativen und Friedensinitiativen schon seit Jahren vor den Folgen unserer ungerechten Wirtschaftspolitik warnen? (...)
Wer heute nicht begreift, daß Veränderung bei jedem Einzelnen stattfindet, zuallererst im Kopf, der wird immer den machtgeilen Rattenfängern aus CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen usw. nachlaufen! Verändern kann man nur langsam und in seinem Umfeld, aber sicher nicht, indem man nach sofortigen unumstößlichen und globalen Lösungen schreit. Das Konzept EINER GLOBALEN Lösung, der westlich-"demokratisch"-ultrakapitalistischen ist schon gescheitert! Die Welt und unsere Gesellschaft ist nun mal vielschichtiger und schwieriger, als es dem ein oder anderen deutschen Michel recht ist. Schlimm ist es, daß immer wieder die Mächtigen die Karre in den Dreck fahren, nur um ihre Kritiker dann zu fragen, wie sie jetzt gedenken, die Karre wieder flottzukriegen. Es ist einfach ungalublich, daß die Leute die vor 20 Jahren vor den Folgen des ungerechten Welthandels warnten, etwa Fanatismus und Terrorismus, sich heute fragen lassen müssen, wie man eben jene Folgen zu beseitigen gedenke. (...)"

Karsten Hoffmann (OV-Sprecher), im Auftrag des Ortsverbands von Bündnis 9O/Die Grünen Stuttgart-Sillenbuch, 17.1.2002

"Liebe Bürgerrechtler, mit Interesse haben wir Euren Aufruf gelesen und diskutiert. Viele Eurer Einwände können wir gut verstehen oder finden sie richtig; wir sind aber auch froh, dass in diesem Land mit der von Euch so geringgeschätzten Demokratie Ihr Euch (wie jede/r) frei äußern könnt und Euch niemand zwingt, in einen Krieg, egal wohin, zu ziehen.
Die Aussage : "Wir haben es satt", ist leider nicht sehr hilfreich, da Ihr keine Vorschläge macht, was anders gemacht werden könnte. Wir haben auch schon sehr oft gedacht "wir haben alles satt", aber nach einigem Nachdenken doch unsere politischen Möglichkeiten genutzt und uns doch wieder eingebracht, denn Verweigerung und Rückzug bringt keine Änderung.
Ihr werft alle Parteien in einen Topf, dabei bedenkt Ihr nicht, dass gerade die Menschen in den östlichen Ländern unserer Bundesrepublik sehr konservativ die alten Parteien,

seien sie links oder rechts, wählen!
Wir als Grüner Ortsverband aus Stuttgart hätten uns sehr gewünscht, dass bei der letzten Bundestagswahl die grüne Partei mit mehr Stimmen in die Koalition hätte eintreten können, dann hätte eine andere Politik mehr Profil entwickeln können.
Was passiert wäre, wenn eine andere Parteienkonstellation an der Regierung gewesen wäre und die Probleme auf dem Balkan und in Afghanistan zur Debatte gestanden wären, kann man sich gar nicht vorstellen! Es ist doch allein dem vorsichtigen Herangehen von Joschka Fischer u.a. zu danken, dass die verschiedenen Konflikte nicht noch mehr eskaliert sind. Es wäre sicher weniger bedenklich diskutiert und vielleicht auch schneller kriegerisch reagiert worden.
Es war von niemandem vorauszusehen oder zu ahnen, dass solch ein Attentat verübt würde, obwohl schon vor Jahren dieser ominöse Anschlag mit dem Sprengstofflastwagen im World-Trade-Centrum stattfand. Der damals schuldige blinde Mullah kam ins Gefängnis, er wurde rechtstaatlich verurteilt.
Es kann nicht ohne Entschlossenheit diesem menschenverachtendem Denken und Handeln begegnet werden, trotz aller, auch von den Regierungen der westlichen Staaten gemachten Fehlern. Es würden und werden womöglich noch mehr solche Angriffe stattfinden und kein Mensch kann garantieren, dass nicht noch mehr Terrorakte verübt werden; auch nicht wenn nicht militärisch reagiert worden wäre, im Gegenteil, die Terroristen wären geradezu motiviert worden, dem "Westen" zu zeigen, wer die Welt in Atem halten kann.
Das Wort von der "uneingeschränkten Solidarität" halten auch wir für falsch. Wir verstehen allerdings, dass es damals wohl aus der Erschütterung über diese schlimme Tat und aus der Verpflichtung gegenüber den Verbündeten zustande kam.
Den von Euch entdeckten Ausbau der westlichen Geheimdienste kann man doch nicht der rot-grünen Regierung vorwerfen. Übrigens, wer hat süffisant und höhnisch über Eure Sehnsucht nach Gerechtigkeit gelacht?!
Die "vermeintlichen Anstifter", wie Ihr sie zu nennen pflegt, haben sich in der Zwischenzeit zu ihrer Tat bekannt. Die Behauptung, deutsche Politiker begeisterten sich für die Todesstrafe, ist eine Verleumdung (jedenfalls wenn Ihr grüne Politiker damit meinen solltet, aber auch in anderen Parteien). Auch dass eine angebliche Diskussion um die Anwendung der Folter salonfähig würde! Mit diesen Aussagen disqualifiziert Ihr alle Eure Anliegen!
"Das platte Geschwätz auf Parteitagen" empfinden wir als geradezu beleidigend, wenn man den Grünen Parteitag in Rostock betrachtet. Eine gründlichere und verantwortungsvollere Diskussion und Entscheidungsfindung ist unseres Erachtens kaum vorstellbar! Wie soll oder kann Demokratie nach Eurer Ansicht funktionieren, mit welcher Art von Diskussion und welcher Behandlung unterschiedlicher Meinungen? Bei einem notwendigen Beschluss zählt schließlich die Mehrheitsposition, gleich ob im Ortsverband, Gemeinderat, Parteitag oder im Parlament.
Mit Verweigerung kommt niemals eine andere Mehrheit zu Stande; damit käme auch der Rechtsstaat, den Ihr so verdächtigt, in Gefahr! Es ging auch bei der rot-grünen Entscheidung für den Einsatz in Afghanistan nicht um die Sorge um den "eigenen warmen Arsch", sondern im Grunde um Maßnahmen gegen die Gefährdung des Weltfriedens (im übrigen in einer gemeinsamen Anti-Terror-Allianz in einmaliger Breite - incl. Russland, China und einer großen Zahl islamischer Staaten und begleitet mit einstimmigen Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrats, schaut das jüngste Unterstützungsangebot Kubas - 12.1.02 - an!).
Die Gerechtigkeit in der Welt und in Deutschland, und unsere Rechtsstaatlichkeit wird nur mit Reden in der Familie, wie Ihr es vorschlagt, nicht verteidigt bzw. gewonnen.
Widersprechen in der Demokratie ist geradezu Pflicht - aber nicht nur widersprechen - sondern kritisch mitarbeiten und Mehrheiten im eigenen Sinn gewinnen!"

Lutz v. Grünhagen, Cottbus, 18.01.02

"Liebe Unterzeichner von "Wir haben es satt", zweifellos hat es Sinn, zu widersprechen. Aber das genügt nicht. Mündige Bürger müssen auch selber wissen, wofür sie sprechen

wollen. Oder sie müssen wenigstens ihre Ratlosigkeit zugeben und sich selber verantwortlich fühlen für das Finden eines Weges aus der Ratlosigkeit.
Zweifellos braucht die Menschheit eine neue Orientierung, aber dafür sind die Politiker nicht allein verantwortlich. Jeder von uns muß eines Tages selber wissen, wie es mit der Zivilisation weitergehen kann, wenn wir Demokratie haben wollen.
Ich wurde 1953 geboren und sah seit der Gründung des Club of Rome 1968 unsere biologische Art in einer Existenzkrise. Ich empfand, daß wir als Lebewesen unsere Bedürfnisse nicht zurückschrauben können, doch dem stand entgegen, daß wir uns anscheinend gewaltig einzuschränken hätten, wenn wir überleben wollten. Die Lösung dieses Konflikts liegt darin, daß unsere Bedürfnisse von Natur aus begrenzt sind und doch vereinbar sind mit der Erhaltung der irdischen Lebensbedingungen. Außerdem sind unsere Lebensansprüche als Menschen von Natur aus miteinander vereinbar, so daß das fällige neue Ziel der Menschheit ein befriedigendes Leben für alle ihre Mitglieder wäre! Leider wissen die Menschen bis jetzt nicht viel anzufangen mit Reichtum, Frieden, Glück und Wohlstand und sie machen sich das Leben lieber gegenseitig zur Hölle, weil sie das so gewohnt sind. Die Allgemeinheit ist nicht reif zum Umdenken und glaubt, daß feindselige Gefühle wie Neid, Wetteifer oder Eifersucht zu den normalen und unverzichtbaren Antrieben des Menschen und seiner Wirtschaft und des Fortschritts gehören. Echte Freude an konstruktiven Leistungen, als den gesunden Antrieb des Handelns, scheinen nur wenige wirklich erfahren zu haben.
Ich muß sicherlich akzeptieren, daß frühestens die Generation meiner Enkel aufwachen wird, um die Erfahrungen der Menschheitsgeschichte zu nutzen, damit sich endlich alle Erdenbürger gemeinsam ein erfreuliches Leben auf unserem Planeten einrichten. Ich habe Protest, Widerspruch und Trotz immer als nur eine Vorstufe von Mündigkeit empfunden. Aber in der Resignation mag ich nicht ausschließen, daß Sie die Lage realistischer einschätzen und auf irgendeine paradoxe Weise dennoch etwas Konstruktives damit erreichen. Daher vielen Dank für Ihre Aktion und viel Erfolg!"

Joachim Kluge, Grabowhöfe/Mecklenburg, 21.01.02

Ich unterstütze Ihren Aufruf und versuche, möglichst viele Leute in meinem Umfeld auf ihn aufmerksam zu machen bevor diese wieder in ihre schon vor 1989 eingerichtete Nischen verschwinden.
Eine ganz wage Vorstellung, was Demokratie sein könnte hatten wir 1989/90. Danach war es wieder nur eine Illusion genau, wie schon davor. Es ist weder Demokratie, in der wir leben, noch ist es Freiheit, die wir spüren.
Es ist ganz einfach die Diktatur der Wirtschaft und des Geldes. Diese läßt in den westlichen Ländern je nach Bedarf einen gewissen Spielraum für "demokratische Spielchen" zu - in anderen Gegenden der Erde nicht mal diesen.
Die Parteibonzen sind die Dompteure, die die "Mitspieler" auf dem Spielfeld zusammenhalten. Die Parteimitglieder halten ihren Vorstand für ihren Verstand und sorgen für die nötige Stimmung auf dem Platz.
Wenn wir das anerkennen und die Dinge von allen beim richtigen Namen genannt werden, können wir uns diese Theaterstücke wie "Wahlkampf" und ähnliches sparen. Versuchen wir doch lieber, in den engen Grenzen des uns zustehenden Spielraumes das Leben für alle erträglich zu gestalten (hat doch vor 89 auch funktioniert, oder?).
Wollen wir mehr, dann geht es natürlich an die Wurzeln des Systems. Aber wer will das schon wirklich angesichts der Reaktionen der Herrschenden auf Kritik am System (siehe G8-Gipfel Genua)?
Übrigens sind wir im Osten die einzigen, die beide Systeme wirklich vergleichen können. Man sollte uns schon glauben, wenn wir Ähnlichkeiten feststellen.
Aber das Wichtigste an Ihrem Aufruf ist, daß endlich offen angesprochen wird, was so vielen hier stinkt. Es dürfen nicht schon wieder nur kleine unter-uns-Zirkel sein, in denen ausgesprochen wird, was in der Öffentlichkeit nicht wahr sein darf und worüber sich das Volk schon gar keine Gedanken machen sollte."

Wir bitten um Verständnis, dass nur mit Namen unterzeichnete Meinungen veröffentlicht werden können. Die Redaktion behält sich das Kürzen Ihrer Erklärungen vor.

[BIS 31.12.0] **[WEITERE]**

Politisches Feuilleton

4.2.2002 • 7.20

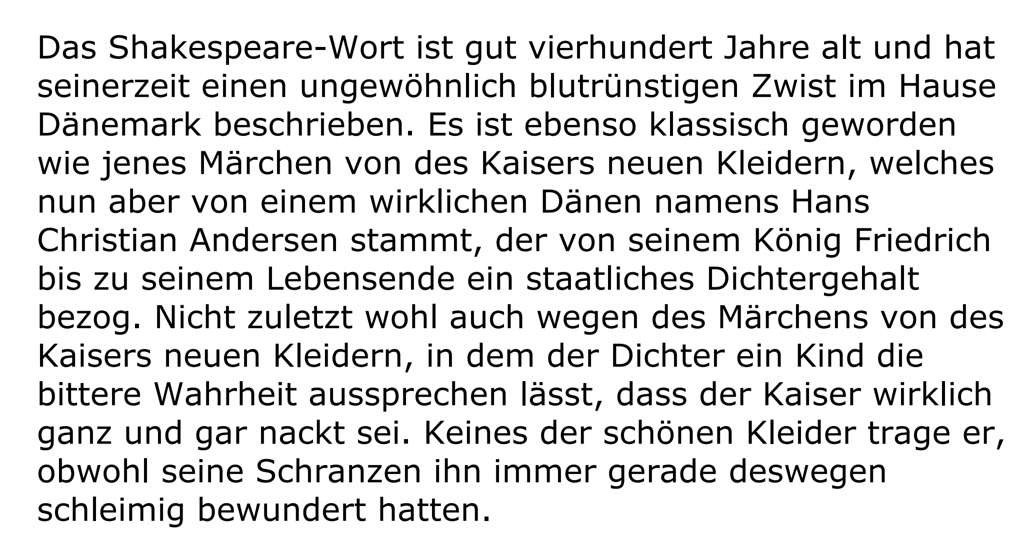
Geert Müller-Gerbes

Satt allein genügt nicht



Geert Müller-Gerbes

Es ist was faul im Staate .... Deutschland. Dieses klassische Shakespeare-Zitat wird in diesen Tagen immer wieder aktuell abgewandelt, unabhängig vom Bildungsgrad desjenigen, der es benutzt. Nicht in Dänemark ist etwas faul, sondern hier bei uns. Sehr zum Entsetzen aller Beteiligten.



Das Shakespeare-Wort ist gut vierhundert Jahre alt und hat seinerzeit einen ungewöhnlich blutrünstigen Zwist im Hause Dänemark beschrieben. Es ist ebenso klassisch geworden wie jenes Märchen von des Kaisers neuen Kleidern, welches nun aber von einem wirklichen Dänen namens Hans Christian Andersen stammt, der von seinem König Friedrich bis zu seinem Lebensende ein staatliches Dichtergehalt bezog. Nicht zuletzt wohl auch wegen des Märchens von des Kaisers neuen Kleidern, in dem der Dichter ein Kind die bittere Wahrheit aussprechen lässt, dass der Kaiser wirklich ganz und gar nackt sei. Keines der schönen Kleider trage er, obwohl seine Schranzen ihn immer gerade deswegen schleimig bewundert hatten.

Glückliches Dänemark, das solchem Tand schon früh als Gefahr erkannt hatte. Nichts war fortan mehr faul im Staate. Jedenfalls nicht wirklich.

Hierzulande dagegen ließe sich nach dem sehr plötzlich öffentlich weggezogenen Vorhang der Blick auf die nackte Vielfalt regierungstechnischen Unvermögens beliebig ausbreiten. Gestrauchelter NPD-Verbotsantrag, handwerklich unzureichende Finanzierung des Bundeswehr - Transportflugzeugs, geplatztes Bündnis für Arbeit, katastrophale Steuerreform, leere Staatskassen, Länder und Kommunen vor der Pleite, die Gesundheitsreform ein Milliardendesaster ohne Perspektive, ganz zu schweigen von

dunklen Verwicklungen, in die der eine oder andere Minister in Berlin verstrickt sein soll. Zeitungen und natürlich das Fernsehen berichten landauf landab und täglich, in Talkshows und Hintergrundberichten hämisch und ausführlich über jede Einzelheit. Nicht mal der Herausforderer des Amtsinhabers im Kanzleramt bleibt von Hohn und Spott verschont – „Stammel-Edmund" ist noch der mindeste Vorwurf in den Medien, die ja bekanntlich alles besser wissen und es auch nicht können.

Es ist was faul im Staate Deutschland. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Aber was und warum?

Es muss in den frühen siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts begonnen haben. Der Aufbau nach dem Krieg war in einem gewaltigen Kraftakt aller Beteiligten gelungen. Es ging allen, fast allen, gut bis sehr gut. Alles schien möglich. Jeder Anspruch erfüllbar.

Wohlstand für alle. Urlaub für alle, garantiert, mit Sonne. Zukunft für alle. Sicherheit für alle. Und alles das ohne Gegenleistung. Gleichsam selbstverständlich. Die Rente war sicher. Der Arbeitsplatz war sicher. Das Glück hatte ein Sicherheitssiegel: Made in Germany. Die reine Anwesenheit im System, wo auch immer, schien diese sichere Sorglosigkeit und sorgenfreie Sicherheit zu garantieren. Genießen. Spaß haben. Leben ohne Risiko. Was kostet die Welt – egal, sie gehört uns.

Jeder spielte auf diesem Klavier. Regierung und Opposition, je wechselseitig, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Parteien, Universitäten, Schulen, Medien – die gesamte Gesellschaft. Wer warnte, galt als einsamer Rufer in der Wüste, als Spielverderber, als einer, der sich nicht traute, Löcher in den Käse zu schießen, um sie anschließend als abschließende Weisheit zu verkünden.

Nun, nach dreißig Jahren sorglosen Tändelns, Reagierens statt Agierens, Wurschtelns statt Planens mit Visionen macht sich Ernüchterung bemerkbar. Gier allein und seine Schwester Egoismus reichen nicht aus, einen Weg aus jahrzehntelanger Versäumnis zu weisen.

Es ist was faul im Staate Deutschland. Als sich die großen Parteien vor Jahren entschieden, die Kandidaten für den Bundestag nur und ausschließlich von den örtlichen Parteigliederungen zu benennen, musste jeder Kandidat mindestens bis zu den Knien im Leimtopf stehen und Plakate kleben, weil er sonst keine Chance hatte, sein Mittelmass in den Bundestag zu befördern. Mittelmass zieht Mittelmass an – das Ergebnis ist täglich zu besichtigen.

Köpfe dagegen finden sich dort, wo das Ergebnis dieses Mittelmasses, die Gesetze, in den Führungsetagen der Wirtschaft bis zu Neige und ohne Rücksicht auf Schaden für die Allgemeinheit ausgenutzt werden.

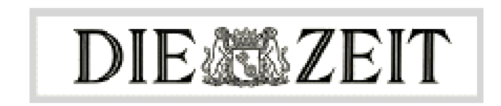
Es ist was faul im Staate Deutschland. Wir können von Glück sagen, dass wir ein Verfassungsgericht in einer Qualität haben, die wahrhaft selten geworden ist. Seine Präsidentin Jutta Limbach verlässt dieses immer wieder korrigierende, mäßigende, mahnende und behutsam lenkende Gericht in den nächsten Monaten.

Von ihr und auch von Bundespräsident Rau, von jungen und alten, von visionären und nachdenklichen Menschen in unserem Land ist zu hoffen, dass sie nicht schweigen, dass sie sich zu Wort melden, dass sie wie das Kind in Andersens Märchen laut sagen, dass der Kaiser oder wer sich bei uns dafür hält, keine Kleider anhat. Dass die Damen und Herren Regierer, die politische Klasse schlechthin, nicht ungestraft jeden Unsinn beschließen kann in der Hoffnung, das Verfassungsgericht werde es schon richten.

Bürgermut ist angesagt auf allen Ebenen. Es war zu lange eine zu bequeme Erklärung, dass unsere Sprache für Bürgermut nur ein Fremdwort kannte: Zivilcourage. Bürgermut kann das Mittelmass überwinden. Jeder ist gefragt. Nur satt – das ist auf die Dauer schädlich. Satt allein reicht nicht.

Geert Müller-Gerbes: Stammt aus Jena in Thüringen (18.9.1937 geboren) und hat Geschichte, Soziologie und Jura an der Freien Universität Berlin studiert. Seit 1965 ist er journalistisch tätig u.a. für den Berliner 'Tagesspiegel', RIAS Berlin und den Sender Freies Berlin. Von 1969 bis 1974 war Müller-Gerbes Pressereferent von Bundespräsident Gustav Heinemann und anschließend Sprecher des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit. Müller-Gerbes moderierte u.a. bei RTL die erfolgreiche satirische TV-Verbrauchersendung 'Wie Bitte ?'und zuletzt die 'WDR-Talkshow'. Er wurde mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, dem Verdienstorden des Großherzogtums Luxemburg und der Goldenen Kamera ausgezeichnet.

zurück




[ZURÜCK]

DIE ZEIT
Politik 02/2002
Mit der Sense notiert

von Christoph Dieckmann

Gutmenschen nennt der West-Realo-Slang jene öffentlichen Quengelgeister, denen es zur zynischen Fügung in den Lauf der Welt an Manneszucht gebricht. Solch einen Extraterrestrischen sah man unlängst in Berlin U-Bahn fahren. Er musterte die Passagiere und taxierte ihren Seelenpuls. Dann langte er in seine Tasche und versorgte die Menschen seines Wohlgefallens mit Flugblättern gegen den Tschetschenien-Krieg. Natürlich zählt er auch zu den Unterzeichnern dieses Papiers. Ekkehard Maaß, ostdeutscher Liedermacher, ist bei denen, die rufen: WIR HABEN ES SATT!

Lesen wir von hinten, beginnen wir mit den Unterschriften. Von Hans-Jürgen Fischbeck [LESERBRIEF AN DIE ZEIT] bis Christian Führer, von Heino Falcke bis Heiko Lietz tragen den Text hoch respektable Akteure der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung, und zwar solche, die es unterließen, post festum DDR eine Westpartei als Fähnlein Ost zu dekorieren. Parteipolitisch sind sie draußen. Selbst Wolfgang Ullmann, der Promi dieser Liste, gehört bei seinen Bündnisgrünen zu den Außenseitern. Oft hören solche Unassimilierten, sie müssten politisch erwachsen werden, also in der Einheit ankommen. Letzteres gelang dem Westen nie. Ihm fehlt - bisher - ein ostdeutsches Existenzial: der 89er Zeitenbruch, die Erfahrung des Scheiterns der eigenen Gesellschaft. Dass dieses Scheitern nun gesamtdeutsch drohe, ist die Prophetie des zornigen Papiers.

Was haben wir satt? - Volksverdummung, Parlamentsgelaber, die Rüstungsheuchelei, das Gesülz der Waffenbrüderschaft, den Kotau vor einem Großen Bruder inklusive "amerikanischer Begeisterung für die Todesstrafe", Horch & Guck à la Stasi, den Abbau von Rechtsstaatlichkeit und sonst wie schleichende Vorboten der Diktatur. "Lassen wir Medien, Parteien, Kultur und Wissenschaft nicht von röhrenden Funktionären gleichschalten." - Aaah, einmal so richtig röhren, einmal mit Thors Hammer Wahrheit meißeln, aus dem Thronsaal der Parteien stampfen und die Flügeltüre schmettern, dass der Lügenstaat zerklirrt oder wenigstens des Kanzlers liebste Kaffeetasse!

Dies ist leider das Problem des Manifests. Es liest sich wie ein Austritt aus der Bundesrepublik. Wer einen Raum verlässt, bedenke, dass er ihn wieder zu betreten wünschen könnte. Es scheint, als hätten die Autoren diesbezüglich wenig Hoffnung.

Ja, und der Adressat? Ist nicht der Kanzler, nicht Rot-Grün oder sonst ein Parteisubjekt, sondern wir sind's: das Volk. Liebe Manifestler: Danke für die furiose Post. Leider gibt es uns nicht mehr. Ihr träumt 1989. Wir privatisieren - nicht ohne Politik, aber fernab jeder widerständigen Kollektivität. Was Ihr uns "einfachen Bürgern" schreibt, will eine allgemeine Ohnmacht bündeln, die Ihr beschwört wie eine Kampfmoral. Diese Kraft der Schwachheit war das Wunder der Wende. Noch sind wir nicht wieder so weit, und dieser Staat ist nicht jener. Erklärt Euch genauer: Was wollt Ihr stürzen, was erhalten? Wonach hungert Ihr? Was kotzt Euch am meisten an?

Das Schlüsselwort heißt Krieg. Der 11. September regiert alle, auch uns Verweigerer der Waffenlogik. Uns lähmt die jäh erfahrene Fragilität der Welt. Uns bangt, es nähmen die westlichen Werte durch ebenjene Taten Schaden, die man zu ihrer Verteidigung exekutiert. Uns schockt, wie unserem Zivilempfinden Krieg als Facette von Kultur reimplantiert werden soll und dem Menschen der Soldat. Den Aufklärer entsetzt die zyklische Struktur der Humangeschichte: Krieg war - Krieg kommt immer wieder?

Hier nein zu sagen, gebietet das Gewissen. Das ist der Subtext des Manifests. Das will ich unterschreiben, aber keinen Rundumschlag, mit der Sense notiert. In der Wut schreibt niemand gut.